Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2. | Sonntag, den 3. Januar 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Geschichtliches zur Reichsfinanzreform.

MP. Der deutsche Reichstag hat sich wieder einmal mit einer Neuorganisation des Reichsfinanzwesens zu beschäftigen. Das ist immer, wie auch die erste Lesung des Etats gezeigt hat, eine fatale Sache; nicht allein wegen der üblichen Plusmacherei, die bei solchen Projekten das schöne Ziel des edlen Strebens ist, sondern vielleicht mehr noch wegen der Gefährdung der spärlichen parlamentarischen Befugnisse, die bei solchen Gelegenheiten stets im Vorbeigehen von den Regierungen als gute Beute mitgenommen wird. Sogar der zahm gewordene Eugen Richter hat das nicht übersehen und in seiner Rede bei der ersten Lesung des Etats hervorgehoben. In anderen Ländern ist die Finanznoth einer Regierung für das Parlament ein willkommener Anlaß, seine eigenen Rechte zu erweitern oder wenigstens aufs neue garantieren zu lassen; im deutschen Reich ist es historische Tradition, daß ein finanzieller Aderlaß womöglich noch mit Einschnürung der parlamentarischen Bewegungsfreiheit verbunden war. „Das ist bei uns so Sitte; chacun à son goût“ (Jedem nach seinem Geschmack. Red.)

Den billigen Vorwand zu diesem anmuthigen Herkommen liefert stets der durchaus unfertige und fast noch provisorische Charakter des reichsdeutschen Verfassungswesens. Das deutsche Reich ist ein äußerst komplizierter Rohbau, in dem auf erweiterten partikularistischen Grundmauern ein modernes Fachwerk aufgeführt ist. Die pomphafte Fassade darf nicht darüber täuschen, daß die Grundlinien dieses Baues nichts weniger als gradlinig und systematisch gezogen sind, und so oft es etwas daran zu flicken giebt, gerathen sich die Baumeister in die Haare. Partikularisten, Absolutisten und — last not least — die etwas ramponierten Schwarmgeister des bürgerlichen Parlamentarismus wollen dann alle ihre Kunststücke zeigen; aber wohnlicher ist es darum nicht geworden.

Zweimal seit Bestehen des deutschen Reiches ist das Projekt einer Reichsfinanzreform aufgetaucht, und beide Male hat sie den Angelpunkt einer üblen Wendung bedeutet. Das erste Mal 1877—1879, das zweite Mal 1894. Die erste Wendung war bedeutsamer; sie fiel noch in die ersten Jahre des jungen Reiches; sie entfesselte nochmals alle frischen Kräfte, die zur Reichsgründung geführt hatten, und endigte mit der Stabilisierung der Diktatur Bismarck. Es ist die vielleicht interessanteste Periode der reichsdeutschen Geschichte, und sie ist auch für die jetzt vorliegende Reichsfinanzreform noch instruktiv.

Die Reichstagswahlen vom Januar 1877 waren vorüber. Die Milliarden waren verpulvert, und das deutsche Reich mußte eine solide Finanzwirthschaft bekommen. Die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten hatten in ungemüthlicher Höhe herangezogen werden müssen, und die Thronrede an den neuen Reichstag flüsterte von „Maßnahmen, um den hochgesteigerten Betrag der Matrikularumlagen durch Eröffnung anderer Quellen für das Reich zu ermäßigen.“ Bismarck präsentierte die Tabacksteuer, die das Tabakmonopol vorbereiten sollte; allein er fand beim Reichstag taube Ohren. Die liberale Bourgeoisie, die sich in den Gründerjahren finanziell gesättigt hatte, verspürte wieder so etwas wie politischen Ehrgeiz und hielt die Zeit für gekommen, um alte Schulden einzutreiben. Schon bei der Konstituirung des Norddeutschen Bundes und zuletzt noch im Jahre 1869 hatte der damalige Norddeutsche Reichstag Beschlüsse gefaßt, wonach neben dem Reichskanzler ein verantwortliches Reichsministerium eingeführt werden sollte. Bisher hatten diese Beschlüsse geschlafen; jetzt schien der Zeitpunkt gekommen, sie zu erfüllen. Die Regierung brauchte neue Reichssteuern, und die ganze liberale Bourgeoisie von Bennigsen bis Eugen Richter gab die Parole aus: „Neue Reichssteuern nur gegen verantwortliche Reichsminister!“ Zwar die Nationalliberalen ließen mit sich handeln: Herr Lasker erklärte, er begnüge sich zunächst mit der Einführung eines Reichsfinanzministeriums. Aber die Fortschrittspartei nahm die Gelegenheit wahr, sich auf einen neuen Verfassungskonflikt einzurichten und ihr altes Programm vom Jahre 1861 für neureichsdeutsche Bedürfnisse abzuändern.

In Bismarck wurden die Erinnerungen an die Konfliktsjahre wach. Er faßte die Forderung eines verantwortlichen Reichsministeriums als eine persönliche gegen ihn gerichtete Rankune auf, die darauf berechnet wäre, ihn durch dieses neue Institut entbehrlich zu machen und an die Wand zu drücken. Zugleich erwachte in ihm der Junker, der Royalist, der die „parlamentarischen Machtgelüste“ der Liberalen unter keinen Umständen triumphieren lassen wollte. Er sah die Gefahr und spielte sogleich die stärkste seiner Karten aus: er demissionirte. Er begrub sich Monate lang in Varzin, auch als sein Entlassungsgesuch abgelehnt war, grollte und schmollte und verhandelte er mit Bennigsen in Varzin, um Zeit zu gewinnen. Noch galt es, behutsam aufzutreten: denn die Nationalliberalen waren im Reichstag die stärkste Partei und bildeten mit den Fortschrittlern zusammen die große Mehrheit. Seine Späße über die „wurzellosen Reichsprätensionen“ wurden ihm von den Liberalen übel verdacht.

Zunächst gewann Bismarck einen Bundesgenossen an dem Partikularismus. Der bayrische und der württembergische Bevollmächtigte erklärten beide im Reichstag, sie betrachten die Idee des Reichsministeriums als einen Eingriff in die Autonomie der Bundesstaaten. Dann gelang es Bismarck thatsächlich, die Nationalliberalen monatelang hinzuhalten und mit dem Trugbild eines Reichsfinanzministeriums, das mit dem preußischen Ministerium vereinigt werden sollte, zu äffen. Bennigsen verkündete im Reichstag diese staatsmännische Lösung als der Weisheit letzten Schluß, und die Fortschrittspartei verzichtete darauf auf Einbringung eines formellen Antrages auf Ministerverantwortlichkeit. Endlich suchte Bismarck Fühlung mit einigen verlorenen Gruppen von Schutzzöllnern, die durch die Bravourarien der Reptilienpresse, Bismarck erstrebe die Beseitigung der Matrikularbeiträge durch allgemeine Finanzzölle, auf ihn aufmerksam geworden waren.

Aber immer noch war seine Lage äußerst prekär. Die Schutzzöllner hatten damals nicht einmal im deutschen Landwirtschaftsrath die Majorität, und nur im eben neugegründeten Zentralverband der Industriellen erhob sich der Ruf nach Eisenzöllen. Dagegen fiel die Tabaksteuer, und die liberalen Fraktionen erklärten sich einmüthig gegen das Tabaksmonopol. Die Verhandlungen mit Bennigsen scheiterten, und dieser verlangte im Reichstag „konstitutionelle Garantien“. Da kamen die Attentate. „Jetzt haben wir sie“ — rief Bismarck aus, als die Depesche vom Hödel-Attentat eintraf. „Wen?“ fragte Graf Rantzau, „die Sozialdemokraten?“ „Nein, die Liberalen,“ erwiderte der Reichskanzler.

Mit einem Schlage war Bismarck aus allen Verlegenheiten heraus. Grimmig verkündete er im neugewählten Reichstag sein Programm: Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und Heranziehung der indirekten Steuern zwecks Herabminderung der direkten Steuern in den Einzelstaaten und Kreis- und Kommunalverbänden. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ prophezeite schon „die finanzielle Mediatisirung der Bundesstaaten“ auf steuertechnischem Wege, und Bamberger jammerte über den „vollständigen Umsturz unserer ökonomischen, finanziellen und Steuergesetzgebung“. Ein Umsturz, in der That! Am 12. November 1878 regte Bismarck beim Bundesrath die Revision des Zolltarifs an, und in wenigen Monaten war das Schutzzollsystem unter Dach. Damals hielt Bismarck im Reichstag seine Rede vom Reich als „lästigen Kostgänger der Einzelstaaten“, vom „mahnenden Gläubiger“ u. s. w.; er prägte diese Worte, als er seine Rede für die — Franckenstein'sche Klausel hielt.

Denn er hatte inzwischen den Kulturkampf beendigt und bei Zentrum und Konservativen Rückhalt gegen die Liberalen gewonnen. Herr v. Franckenstein hat nachher in einer Wählerversammlung das ganze Geheimnis ausgeplaudert. In diesen entscheidungsvollen Tagen wurde der Grund gelegt zu der Diktatur Bismarck, die 12 Jahre dauerte, zu der Schutzzollpolitik und der Reichsfinanzgebarung bis heute.

Die „föderativen Garantien“ des Zentrums, denen Bismarck vor den „konstitutionellen Garantien“ Bennigsens den Vorzug gab, wurden unbequem, als sich nach Abschluß der Handelsverträge 1893 ein Rückgang der Zölle und der indirekten Steuern erwarten ließ. Der wirthschaftliche Aufschwung, der dann einsetzte, hat die Frage der Finanzreform noch einmal vertagt. Wenn sie jetzt wieder auftaucht, so ist es angezeigt, auch ihre Vergangenheit kennen zu lernen. Eine Vergleichung der damaligen Situation mit der heutigen ist schon darum nützlich, weil die politische Konstellation, wie sie jetzt besteht, im Grunde genommen in den Jahren 1877 bis 1879 geschaffen worden ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Prediger in der Wüste. Mit den angeblichen rednerischen „Siegen“ des Grafen Bülow „über die Sozialdemokratie und mit den Erfolgen der — Sozialdemokratie trotz dieser „Siege“ beschäftigt sich in dem Januarheft der „Preußischen Jahrbücher“ Professor Delbrück, der bekannte Eigenbrödler, im Hinblick auf die Vorgänge in Crimmitschau. Professor Delbrück schreibt:

„... Mag man den Schaden, den der Dresdener Parteitag und jetzt wieder die Niederlage im Reichstag den Sozi zugefügt hat, noch so hoch anschlagen, die Partei ist so ungeheuer stark, daß sie alles das und noch viel mehr ertragen kann, ohne zu Grunde oder auch nur zurückzugehen. Denn ihr schließlicher Existenzgrund wurzelt nicht in der Doktrin und nicht in der rastlosen Tätigkeit einer Anzahl von Führern und Agitatoren, sondern in der Tatsache, daß ein großer, aufstrebender, tüchtiger, idealistisch gestimmter und opferwilliger Stand, die industrielle Arbeiterschaft, von dem bestehenden Staat mit Zurücksetzung und Ungerechtigkeit behandelt wird und von der bürgerlichen Gleichberechtigung fort und fort ausgeschlossen bleibt. Ein wahres Schulbeispiel, weshalb wir in Deutschland, und fast nur in Deutschland, jedenfalls bei uns in unendlich viel höherem Maße als in irgend einem anderen Volke, die revolutionär-sozialdemokratische Bewegung haben, bietet heute der Weberstreik in Crimmitschau. Was geht uns anderen, was geht den Staat, was geht die Behörden der Zwist zwischen den Fabrikanten und Arbeitern über Lohn und Arbeitszeit an, solange die Rechtsordnung nicht gestört wird und keine sozialen Mißstände sich zeigen, die ein Eingreifen der Gesetzgebung notwendig machen? Eine königlich sächsische Regierung aber, nachdem sie es bereits glücklich fertig gebracht hat, fast das ganze Land sozialdemokratisch zu machen, hat abermals nichts besseres zu tun gewußt, als mit dem ganzen Aufgebot von Staatsgewalt und Polizei für die Unternehmer Partei zu ergreifen. Durch die Verhandlungen im Reichstag und die ausführlichen Erklärungen des sächsischen Bundestagsbevollmächtigten sowie des sächsischen Ministers von Metzsch selber, ist diesmal jedermann in den Stand gesetzt, sich nach authentischem Material ein Urteil zu bilden. Kein Unbefangener, der sich die Mühe gegeben hat, dieses Material zu prüfen, kann zu einem anderen Schluß kommen, als daß die angeblichen Ausschreitungen, durch die das Verhalten der sächsischen Regierung begründet worden ist, viel zu geringfügig waren, um ein solches Auftreten zu rechtfertigen. Die Regierung hat nicht etwa bloß den Arbeitswilligen durch außergewöhnliche Kräfte Schutz gewährt, wozu sie natürlich so berechtigt wie verpflichtet war, sondern sie hat den Ausständigen rundweg alle Versammlungen verboten, das heißt also, ihnen das einzige Mittel, die Masse zusammenzuhalten und zu dirigieren, gegen das in Deutschland bestehende Recht, genommen. Ja, sie hat schließlich diesen Leuten, die doch nichts tun, als mit gesetzlichen Mitteln um das kämpfen, was sie für ihr Recht halten, verboten, ihre Weihnachtsfeiern mit Weihnachtsbescherungen zu halten, und der Minister hat eine Deputation, die sich über offenbares Unrecht beschweren wollte, nicht einmal empfangen. Was nützen dem Reichskanzler Grafen Bülow seine schönsten Redesiege gegen Herrn Bebel, so lange er nicht im stande ist, solche Vorkommnisse zu verhindern, die sofort wieder die Sympathie der gesamten gebildeten Welt Deutschlands diesen Gemißhandelten zugewandt haben? In was für Rechtszuständen leben wir, wenn es in das Belieben einer Polizeibehörde gestellt ist, Weihnachtsfeiern zu verbieten, bloß weil sie meint, es könnten dabei möglicherweise aufreizende Ansprachen gehalten werden? Dann ist ja unser ganzes Versammlungsrecht in das Belieben der Polizei gestellt. Kann ein Kulturvolk sich ein solches Regiment gefallen lassen? Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß hier der eigentliche Sitz der sozialen Krankheit ist. Die Behörden selber sind es, die die Masse der Arbeiter der Sozialdemokratie zutreiben, weil sie die Leute verhindern, auf gesetzlichem Wege in den gewerblichen Kämpfen ihre Interessen zu verfechten. Ehe der Herr Reichskanzler sich nicht entschließt, hier einmal energisch durchzugreifen und einem Minister, wie Herrn von Metzsch, ein quos ego (Ich will euch Mores lehren!) zuzublasen, daß er es in seiner Amtswohnung nicht mehr aushalten kann, werden ihm alle seine dialektischen Siege im Reichstag nichts helfen. Da mögen sich noch so viele nationale und christliche Gewerkvereine bilden und der Herr Reichskanzler mag ihre Deputationen empfangen und ihnen freundliche Aussichten eröffnen, mit Worten ist hier garnichts getan. Das sind doch alles nur Rekruten für die Sozialdemokratie, so lange nicht durch Taten der erste und höchste Grundsatz der Politik, die Gerechtigkeit im Deutschen Reich, sichergestellt ist.“

Delbrück predigt tauben Ohren. Bülow, der Zitatenkönig, und Herr v. Metzsch, der Eisenstirnige, wissen das alles viel besser,

Das sogenannte Handelsprovisorium mit England ist nunmehr publiziert worden, d. h. also das Gesetz, welches den Bundesrat ermächtigt, England und seine Kolonien auf dem Fuße der Meistbegünstigung zu behandeln. Diese Ermächtigung reicht bekanntlich bis zum 31. Dezember 1905. Gleichzeitig wird publiziert, daß der Bundesrat beschlossen hat, die Geltungsdauer der bestehenden Bestimmungen betreffend die Behandlung Englands auf dem Fuße der Meistbegünstigung „bis auf weiteres“ zu verlängern. Es ist aber dafür kein Endtermin festgesetzt und das kann auch nicht geschehen, weil dieses Provisorium ja kein gegenseitiger Vertrag ist. Es kann jeden Augenblick durch Hand-

lungen und Beschlüsse des einen Teils aufgehoben werden. Einen Schutz etwa gegen den Ausbruch eines Zollkrieges für die nächsten zwei Jahre gewährt dieses Handelsprovisorium also nicht.

Wahlprozeß. Der Arbeiter Wilhelm Rosenbaum wurde Donnerstag von der Strafkammer in Königsberg i. Pr. zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er bei der Reichstagsstichwahl in Königsberg sich einer amtlichen gefälschten Wahleinladungskarte als Ausweis bedient hatte.

Für die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlsystems und dessen Ersatz durch das Pluralsystem tritt Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" ein. Er denkt sich das neue Wahlrecht als ein „Kompromiß zwischen Altem und Neuem". Die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe will er unter allen Umständen abgeschafft wissen, da es eine „Barbarei ist, massenhaft Menschen bei jeder Stimmabgabe vor die Wahl: Martyrium oder Charakterlosigkeit zu stellen". Der Delbrück'sche Pluralsystemvorschlag geht dahin: Jeder Mann hat eine Stimme. Wer seine Dienstpflicht als Soldat erfüllt hat, hat eine Mehr-Stimme. Wer durch Ablegung der Einjährigenprüfung eine gewisse Bildung nachgewiesen hat, hat eine Mehr-Stimme. Wer eine Hochschulprüfung bestanden hat, hat eine Mehr-Stimme. Schließlich, wer eine gewisse Summe an direkten Steuern zahlt, hat eine Mehr-Stimme, dergestallt, daß von 3000 Mark Einkommen an gleich 60 Mark Steuer für je 5 Steuerstufen eine Stimme mehr gewährt wird, also

3000 bis 4500 (60 bis 104 Mk. Steuer) 1 Stimme
„ 7000 (bis 176 Mk. Steuer) 2 Stimmen
„ 9500 („ 296 „ „) 3 „
„ 14500 („ 420 „ „) 4 „
„ 19500 („ 570 „ „) 5 „

und so fort bis zu 20 Mehrstimmen oder einem noch höheren Maximum von Stimmenmehr. Es kann also auch in Zukunft, wie bisher ein bestimmter Fall vorgekommen ist, ein Bordellinhaber, wenn das Geschäft floriert, ein zehnmal so großes Wahlrecht haben, als etwa ein Arzt, der mit Glücksgütern nicht gesegnet ist und mit all' seiner Bildung und seinem Wissen unter 3000 Mk. Einkommen bleibt. Daß auch dieses plutokratische System, das dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht nicht viel nachgibt, nicht die Lösung des Problems bringt, liegt auf der Hand. Einzig das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht liegt im Interesse des Volkes und des Landes selbst.

Die Antisemiten haben wieder einmal das dringende Bedürfniß, ihre schmutzige Wäsche vor aller Oeffentlichkeit zu waschen. Die Zeitung des Deutschen Volksbundes, der im Reichstage durch den sattsam bekannten Expfarrer Kröfell vertreten ist, kündigt an, daß sie gegen den Redakteur der antisemitischen Magdeburger „Sachsenschau", der kürzlich recht interessante Enthüllungen über Vorgänge innerhalb des Deutschen Volksbundes veröffentlicht hat, Privatklage wegen Beleidigung angestrengt hat und daß auch der Staatsanwalt in dieser Angelegenheit in Aktion treten werde. Der Redakteur des Magdeburger antisemitischen Blattes revanchiert sich für diese Ankündigung mit weiteren recht erbaulichen Schilderungen über antisemitische Gelage im Deutschen Volksbunde und mit dem guten Rat, der Bund möge doch auf Herrn Kröfell dahin einwirken, daß er sein Reichstagsmandat niederlege, „wie es die verständigen Leute in der Bewegung wünschen." — Da werden die „verständigen" Leute wohl lange warten können.

Endlich einmal ein vernünftiger Gedanke. Als wirksamstes Sozialistenvernichtungsmittel wird von der „Ostpreußischen Zeitung" den Konservativen der dortigen Gegend das Abonnement auf die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung" und den ebenfalls sozialdemokratischen „Landboten" empfohlen. Man solle diese gefährlichen Hetzblätter in allen staatserhaltenden Kreisen Ostpreußens verbreiten, damit jeder reichstreue Mann die Verworfenheit der Sozialdemokratie erkenne und von Abscheu gegen die vaterlandslosen Gesellen ergriffen werde. — Ein Vernichtungsmittel, das man sich gefallen lassen kann! Die Sozialdemokratie durch Verbreitung ihrer eigenen Presse zu töten, das geht noch über die landrätlich empfohlenen Bülowpillen zu 4 Pfg.

Ein deutsch-schweizerischer Zwischenfall. Zürcherische Blätter berichten, ein deutscher Gendarm, mit dem Karabiner bewaffnet, habe die Schweizer Grenze überschritten und in Rheinau (Kanton Zürich) zwei Haussuchungen vorgenommen. Wie verlaute, seien die Haussuchungen allerdings mit Zustimmung der Gemeindebehörde von Rheinau erfolgt. Der Fall sei beim politischen Departement in Bern anhängig. — Sollten diese Angaben sich bestätigen, so läge in der Tat ein Mißgriff auf Seite des deutschen Gendarmen vor. Gefehlt hätte aber auch die Gemeindebehörde in Rheinau, denn sie war nicht befugt, einem ausländischen Polizeibeamten Funktionen zu gestatten, die nur den zuständigen zürcherischen Polizeiorganen zustehen.

Zur Aerztebewegung. Sämtliche Kassenärzte in Leipzig haben am Donnerstag vormittag beim Vorstand der dortigen Ortskrankenkasse ihre Stellung zum 31. März gekündigt. Auch in Magdeburg ist der Aerztekonflikt perfekt geworden. Donnerstag reichten nach der „Volksstimme" sämtliche Magdeburger Aerzte bei den verschiedenen Krankenkassen ihre Kündigung zum 1. April ein. In Düsseldorf wurde dagegen, dem „Berl. Tagebl." zufolge, der Konflikt beigelegt. Das Pauschalhonorar pro Mitglied wurde auf 4 Mark erhöht.

Aus dem Gegenwartsstaat des Herrn von Bülow. In Böllen bei Papenburg wurde am Tage vor Weihnachten die Frau des Schuhmachers [illegible] in ihrer Küche tot aufgefunden, neben ihr lag ihr kleines Kind. Die Verstorbene, deren Mann sich im Papenburger Krankenhaus befindet, ist anscheinend an Entkräftung gestorben. So lautet eine lakonische Notiz im nationalliberalen „Hann. Cour." Sie spricht Bände über die Herrlichkeit der gegenwärtigen „gottgewollten Gesellschaft, in der sich die Herren Eugen Richter und Bülow so wohl fühlen, in der aber jährlich viele Menschen, weil sie arm sind trotz ihrer Arbeit, an „Entkräftung", d. h. also Hungers sterben.

Eine sehr beachtenswerthe Erscheinung ist die zahlreiche Rückwanderung von Europäern aus Amerika nach Europa. Der am 3. Dezember von Newyork abgefahrene Dampfer „La Touraine" von der französischen Linie hatte tausend Zwischendeckspassagiere an Bord. Unter denen, die zurückbleiben mußten, weil alle Räume des Schiffes besetzt waren, hätte es beinahe einen Aufruhr gegeben. Der am vorhergegangenen Tage abgefahrene Dampfer „Cedric" hatte 1500 Zwischendeckspassagiere an Bord. In den letzten Tagen fuhren allein von Newyork über 9000 Zwischendeckspassagiere ab; die meisten von ihnen sind Italiener und Slaven. In Amerika machen sich eben jetzt erst recht die Folgen der Handelskrise bemerkbar.

Bei der Danziger Gewerbegerichtswahl, die Mittwoch stattfand, siegte die Liste der Gewerkschaften mit 1142 Stimmen gegen die der Christlichen, die nur 684 Stimmen aufbrachten.

Oesterreich-Ungarn.

Ein neues Strafgesetzbuch soll in Oesterreich erlassen werden. Der Entwurf ist bereits im Justizministerium fertig gestellt. Der „Vossischen Zeitung" wird darüber gemeldet: „Das gegenwärtig geltende Strafgesetz feiert dieser Tage den 100. Geburtstag. Der neue Entwurf ist vielfach milder als das neue deutsche Strafgesetz. Namentlich was die politischen und Religionsdelikte betrifft, ist den sozialen Anforderungen der Zeit Rechnung getragen worden. Für die Behandlung jugendlicher Verbrecher sowie für die Verwahrung freigesprochener oder außer Verfolgung gesetzter geisteskranker Verbrecher ist in einer der Humanität entsprechenden Weise Vorsorge getroffen worden. Das Strafsystem hat im wesentlichen eine Reform nach dem Vorbilde der im deutschen Strafgesetzbuch beobachteten Methode erfahren, jedoch mit einigen Abänderungen, die als Verbesserungen angesehen werden können. Die Todesstrafe wurde im neuen Entwurfe beibehalten." — Daß in dem ersten Strafgesetz, welches im zwanzigsten Jahrhundert erlassen wird, noch die Todesstrafe vorkommt, ist ein bedenkliches Zeichen und zeigt, wie wenig die Ideale des Bürgertums sich Geltung verschafft haben. Mit welcher Kraft wußte man in Frankreich bald nach Ausbruch der Revolution dieses Stück mittelalterlicher Barbarei zu verurteilen und mehr als hundert Jahre später denkt man noch nicht daran, die Grundsätze der Vorkämpfer des Bürgertums Gesetz werden zu lassen. Da zeigt sich, daß Oesterreich gegen seine Nachbarstaaten Schweiz und Italien zurücksteht und hierin dem schlechten Beispiel Rußlands und Deutschlands folgte.

Das Handelsprovisorium zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Mittwoch Nachmittag ist nun doch noch das provisorische Handelsvertragsübereinkommen mit Italien perfekt geworden. Hierdurch ist der Fortbestand vertragsmäßiger Handelsbeziehungen zu Italien gesichert.

Schweiz.

Stadtratswahl in Bern. In der Stichwahl ist der Kandidat der „unabhängigen Sozialisten", Restaurateur Wehn, mit Hülfe der Freisinnigen gegen den Kandidaten der sozialdemokratischen Gesamtpartei, den Genossen Advokat Zgraggen, in den Stadtrat gewählt worden. Zgraggen war bisher Mitglied desselben.

Frankreich.

Vom Kampfplatz gegen die privaten Stellenvermittelungsbureaus. Der Inhaber eines Stellenvermittelungsbureaus im Hallenviertel Michau ist Mittwoch Abend von einem beschäftigungslosen Fleischergesellen überfallen und durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt worden. Der Mörder hat auf der Polizeiwache erklärt, er habe die Tat lediglich aus Wut gegen die Stellenvermittler begangen.

Spanien.

Zwischen ausständigen Droschkenkutschern und ihren Dienstherren in Barcelona kam es zu Tätlichkeiten. Erstere weigern sich, einer Wolffschen Drahtung zufolge, in Unterhandlungen einzutreten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Afrika.

Die Arbeiterfrage in Südafrika. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Pretoria vom 30. d. M.: Der gesetzgebende Rat hat nach ausgedehnter Debatte mit 22 gegen 4 Stimmen einen von George Farrar am 28. Dezember eingebrachten Antrag angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Heranziehung asiatischer Arbeiter in den Randminen gestattet.

Amerika.

Die Angst der Vereinigten Staaten vor einem Handstreich Kolumbiens gegen Panama muß sehr groß sein. Wie ein Telegramm aus Washington meldet, sind an die amerikanischen Offiziere und Truppen an der Küste geheime Befehle ergangen, sich für sofortige Verwendung in Panama bereit zu halten. In San Francisco liegen drei Transportschiffe fertig, um in See zu gehen. Das amerikanische Kriegsdepartement hat die Nachricht erhalten, daß Kolumbien Truppen in auffallender Nähe von Panama bereit halte. Oberstleutnant Shaler, der Sachverständige des Generalstabs für Befestigungen, hat Befehl, sich nach Panama zu begeben und die strategischen Punkte zu erkunden. — Da die Streitkräfte Kolumbiens gänzlich unzureichend sind, ist es wenig wahrscheinlich, daß diese Republik irgend etwas gegen den ungetreuen Tochterstaat Panama unternimmt, der des ausreichendsten Schutzes der Vereinigten Staaten sicher sein darf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Amerikaner mit ihrer angeblichen Mobilmachung gegen Kolumbien ein anderes Unternehmen, etwa das von ihnen längst geplante Eingreifen in die Wirren von Santo Domingo, verdecken wollen.

Der Theaterbrand in Chicago.

Die letzten Depeschen, die über die furchtbare Katastrophe im Irokesen-Theater zu Chicago vorliegen, bestätigen alle die grauenhaften Einzelheiten, die wir in der ersten kurzen Meldung brachten. Nach der jüngsten Meldung sollen zwar nicht 670, sondern nur 564 Menschen den Tod bei der Katastrophe gefunden haben; es kommen aber noch dazu alle jene, die an den Folgen des Unglücks, den erlittenen Brandwunden oder den ausgestandenen Aufregungen zu Grunde gehen werden. Da die Zahl dieser dem Tode Geweihten sicherlich nicht klein ist, dürfte der Verlust von weit über 600 Menschen zu beklagen sein. Seit 1876, wo im Dezember das Brooklyner Theater abbrannte und 293 Menschenleben verloren gingen, hat Amerika keine Brandkatastrophe gesehen, welche mit dem Brande des Iroquois-Theaters zu vergleichen wäre. Es war bei der Nachmittagsvorstellung des „Blaubart" fast ganz gefüllt, als im zweiten Akte um halb 4 Uhr entweder der Draht für das elektrische Licht Kurzschluß hatte oder aber ein Calciumlicht in Unordnung geriet. Der Schauspieler Herbert Cawthorn, welcher auf der Bühne gewesen war, erklärt, er sei positiv überzeugt, daß ein Calciumlicht den Brand verursacht habe. Solche Lichter wurden benutzt, um eine Mondscheinszene herzustellen. Gerade habe ein Sänger im zweiten Akt das Lied „Im bleichen Mondlicht" angefangen, als bemerkt wurde, daß am Blitzlichtapparat etwas in Unordnung geraten sei. Die Zuschauer konnten noch nichts sehen, da das Calciumlicht 12 Fuß höher als der Vorhang war. Das Blitzlicht spritzte Funken und setzte den aufgezogenen Vorhang in Brand. Der Feuerwehrmann, der nach dem Gesetz stets anwesend sein muß, sei dann auf die Bühne gesprungen und habe mittels des chemischen Apparats zu löschen versucht, jedoch so ungeschickt, daß die Chemikalien in der dem Feuerherd vollständig entgegengesetzten Richtung flogen. Jetzt ließ der Direktor des Theaters, Foy, den Asbestvorhang herablassen. Dieser konnte aber nicht weiter gebracht werden, als bis zur Mitte. Dort saß er fest. Die Ursache soll darin zu suchen sein, daß das Drahtseil einer Seiltänzerin quer über Bühne und Zuschauerraum gespannt war. Als die Bühnenangestellten den Vorhang nicht weiter bringen konnten, wurden sie auch von der Panik ergriffen und liefen hinaus.

Das Iroquois-Theater ist erst vor zwei Monaten fertig geworden. Es kostete eine halbe Million Dollars. Das Theater hatte 1724 Sitzplätze. Nach dem Bericht des Bauinspektors war es vollständig feuersicher. Die Leichenbeschauer und -Träger erklärten nach gründlicher Inspektion des Theaters, daß, wenn der Asbestvorhang in Ordnung gewesen wäre, die Katastrophe sicherlich nicht stattgefunden hätte. Die meisten Toten waren auf den beiden Balkonen, welche infolge ihrer eigentümlichen, sehr steil ansteigenden Konstruktion und ihrer Ausgänge von unzureichender Weite sich als regelrechte Menschenfallen erwiesen. 900 Menschen saßen auf diesen Balkonen; von diesen waren zwei Drittel Frauen und Kinder, letztere vielfach zartesten Alters. Binnen einer Viertelstunde hatte ein schrecklicher Tod seine Opfer gefordert! Als die Feuerwehr und sonstige Rettungsmannschaften eindrangen, lag alles in tiefster Finsternis, sodaß aus einem benachbarten Laden dessen ganzer Laternenvorrat, 200 Stück, geholt werden mußte. In dieser nur notdürftig erleuchteten Dunkelheit fanden die Retter grauenhafte Anzeichen dafür, wie intensiv und rücksichtslos hier der Kampf ums Leben gewütet hatte. Leichenberge lagen in doppelter Manneshöhe in den Gängen. Viele Gesichter waren völlig zertreten, sodaß die Leute unerkennbar waren. Die ganze Kleidung war ihnen vom Leibe gerissen. Kinder waren scharenweise gegen die Wände gedrückt, mit zerbrochenen Hirnschalen oder Knochen. Einen seltsamen Kontrast dazu boten manche Erwachsene, welche noch auf ihren Plätzen saßen und anscheinend von den giftigen, aus den zwei explodierten Behältern entweichenden Gasen getötet worden waren, bevor sie sich erheben konnten. An manchen Stellen waren die Leichen derart eingezwängt, daß sie nur mit größter Mühe herausgezogen werden konnten. Ein Mann wurde gefunden, dessen Oberkörper fast nur aus Knochen bestand und dessen Kopf abgerissen war, augenscheinlich durch die vielen Füße, welche auf ihm getrampelt hatten. Seltsam ist, daß namentlich in den Ecken unter den Menschenhaufen noch Lebende gefunden wurden, die durch die hochliegenden Leichen gegen Rauch, Gase und Fußtritte geschützt waren. In der Stadt ereigneten sich, wie der „Frankf. Zeitung" gekabelt wird, in der Nacht zum Donnerstag unbeschreibliche Szenen. Alle Leichenhäuser mußten mit einem doppelten Polizeikordon umstellt und bis frühmorgens geschlossen werden, da die immensen Menschenmassen davor weiteres Unglück angerichtet hätten, wenn sie offen geblieben wären. Die Zentralpolizeistation war gleichfalls mit besonderen Mannschaften umstellt, ebenso die Brandstätte, wo noch spät in der Nacht Leichen gefunden und weggeschafft wurden. Auf der Galerietreppe fand die Feuerwehr eine Mutter mit zwei Kindern, auf jedem Arm eins, fest an die Brust gedrückt, sodaß keines von denselben wegzunehmen war. Sie wird damit ins Grab gelegt werden. Eine andere Mutter wurde noch schwach lebend gefunden. Sie fragte den Feuerwehrmann: „Lebt mein Söhnchen noch? Sagen Sie mir, daß er lebt, dann kann ich ruhig sterben." Der Mann bejahte die Frage, worauf die Frau zurückfiel und starb. Etwa hundert Menschen sind von der Feuerwehr und den Nachbarn gerettet worden. Alle Fuhrwerke in der Nachbarschaft wurden zum Dienst gepreßt, um die Leichen wegzuschaffen. Große Warenhäuser stellten alle ihre Wagen zur Verfügung und bald waren alle Leichenhäuser der Stadt überfüllt, sodaß die Leichen vorläufig in der Randolphstraße niedergelegt werden mußten. Dort liegt ein Wall von Leichen ein ganzes Häusergeviert entlang. Alle Körper wurden vor dem Niederlegen von den Aerzten untersucht, ob etwa noch Leben vorhanden sei.

Berichte von Augenzeugen über die entsetzliche Katastrophe liegen erst verhältnismäßig wenig vor. So erklärte der Bischof Fallows, welcher gerade am Theater vorüberging, als der Brand ausbrach, einem Interviewer, er habe noch nie einen solchen Anblick gesehen, obwohl er auf so manchen Schlachtfeldern im Bürgerkriege geweilt habe. Er eilte mit einer kleinen Laterne, wie die anderen Retter, ins Innere, wo in pechschwarzer Finsterniß im ersten Range gekrümmte und blutende Menschenkörper zehn Fuß hoch lagen. Manche davon lebend noch und stöhnend in ihrem Todeskampfe. Den schrecklichsten Anblick gaben die vielen Kinder, welche getödtet dalagen. Ein Herr Alexander Revell hatte nach der „Frankf. Ztg." seine kleine Tochter mit einer Zofe ins Theater geschickt. Er hörte vom Brand und fünf Minuten nach dem Ausbruch eilte er in einer Droschke hin. Er kam gerade, als die Zofe mit dem Kind herauskam. Revell lief dann hinein, um zu retten. Er erzählt, daß er jedoch den Anblick auf dem Balkon zu entsetzlich fand und infolgedessen wieder hinauseilte. Frauen und Kinder lagen tot, mit geballten Fäusten, als ob sie sich einen

Weg zur Sicherheit hätten bahnen wollen. Eine Frau Charlotte Flamondon hatte eine größere Gesellschaft junger Damen in einer Loge. Sie schildert, wie die vorn im Parkett sitzenden Leute den Flammen mit den Augen gefolgt und ruhig sitzen geblieben seien. Einer der Theaterangestellten sei dann auf die Bühne gekommen und habe gesagt, es sei keine Gefahr, man solle nur auf den Sitzen bleiben. Noch seien alle ruhig geblieben, namentlich auch die ungeheure Schar Kinder, welche dort waren. Aber mit einem Schlage habe sich das Bild geändert. Eine Frau habe nämlich im hintern Teile des Parketts „Feuer!" gerufen, worauf alle Anwesenden aufgesprungen und den Ausgängen zugeeilt seien.

Wie die Londoner „Central News" berichten, das Gebäude des Theaters nur wenig gelitten. Auf der Bühne tat man zuerst alles, um eine Panik zu verhüten. Das Orchester erhielt sogar den Auftrag weiter zu spielen und der Regisseur Foy sprach beruhigende Worte. Getadelt wird, daß keine Feuerwehrleitern außen am Theater angebracht waren. Sie sollten befestigt werden, aber es war noch nicht geschehen. Die Baukommission in Chicago ist überhaupt durch ihre Sorglosigkeit und Unkenntnis schon lange unrühmlich bekannt. Das furchtbare Unglück vom Iroquois-Theater wird hoffentlich wenigstens dem unerträglichen Zustand ein Ende machen, daß Gebäude als „musterhaft feuersicher" bezeichnet werden, in denen bei einem Brande in so kurzer Zeit Hunderte von Menschen zu Grunde gehen können! Bereits wurde in Washington der Besitzer des Chase-Theaters verhaftet, weil dieses Theater keine genügende Sicherheit im Falle eines Brandes bietet.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 2. Januar.

Die Sylvesterfeier des Sozialdemokratischen Vereins nahm, wie immer, einen großartigen Verlauf. Eine ungeheure Menschenmenge wogte in den Räumen des „Vereinshauses" hin und her, sich beim Beginn des neuen Jahres herzlich beglückwünschend. Zur Verschönerung des Festes trugen die Arbeiter-Gesangvereine ihr gut Teil bei. Die Festrede hielt Genosse Schwartz, der kurz die Ereignisse des letzten Jahres streifte und unter lebhaftem Beifall die Genossen aufforderte, auch im neuen Jahre unermüdlich tätig zu sein für die Propaganda des Sozialismus.

Achtung, Maurer! Vom Gesellenausschuß der Maurer wird uns geschrieben: Bekanntlich wurde im vorigen Jahre über das Emaillierwerk von Carl Thiel u. Söhne seitens der Maurer die Sperre verhängt, weil die vom Werk angestellten Gesellen den tarifmäßigen Lohn nicht bekamen und außerdem die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert werden sollte. Jetzt führt die Firma wieder eine Arbeit aus, die dem Unternehmer Blunck übergeben ist. Da nun den daselbst arbeitenden Kollegen zugemutet wurde, von 6–6 Uhr zu arbeiten (obgleich keine Notarbeit vorhanden), diese es jedoch verweigerten, so wurde ihnen kurzerhand von Blunck aufgegeben, die Arbeit einzustellen und vorläufig zu feiern. Die Konsequenzen hieraus wird jeder Kollege selbst zu ziehen wissen.

Die Bauthätigkeit in Lübeck im Jahre 1902 nahm gegen das vorhergegangene Jahr einen stärkeren Umfang an. Während die Zahl der Baugesuche im Jahre 1901 1371 betrug, stieg sie 1902 auf 1618. Hiervon entfielen auf größere Neubauten 279, auf kleinere 232, auf Durch- und Umbauten 112 und auf sonstige kleinere Bauausführungen 995 Bauerlaubnisse. Abgeschlagen wurden insgesammt 98 Baugesuche. Von 199 größeren Neubauten der Vorstädte entfielen auf St. Lorenz 106, St. Jürgen 52 und St. Gertrud 41. Die erstgenannte Vorstadt marschiert hier also an der Spitze. Die baupolizeilichen Vorschriften wurden in 348 Fällen übertreten; in 78 Fällen erfolgte eine Bestrafung. — Recht sonderbar berührt wurden wir beim Durcharbeiten des Jahresberichts des Polizeiamts für 1902, dem wir obige Zahlen entnehmen, dadurch, daß zwar der Anstellung des Baukontrolleurs mit 2 Zeilen gedacht, jedoch über seine Thätigkeit kein Bericht erstattet worden ist. Wir denken doch, daß gerade hier vor aller Oeffentlichkeit seitens der städtischen Beamten berichtet werden muß, in wie vielen Fällen die Bauarbeiterschutzbestimmungen von den Bauunternehmern nicht innegehalten worden sind, welche Mängel sich beim Gerüstbau herausgestellt haben 2c. 2c. Die gesamte Lübecker Bevölkerung hat ein lebhaftes Interesse daran, amtlich zu erfahren, wie auf den Bauten Leben und Gesundheit der Arbeiter in der Theorie und Praxis geschützt werden. Wir erwarten also, daß der nächste Jahresbericht diesbezügliche Mittheilungen enthält.

Der Bau der Stadthalle ist gesichert. Die Verträge sind bereits am Montag unterzeichnet worden. Es ging also auch ohne die Inanspruchnahme des Staates!

3832 Strafverfügungen sind seitens des Polizeiamts im Jahre 1902 gegen „sündige" Menschen erlassen worden. Hiervon lauteten 2521 auf Geld- und 1311 auf Haftstrafe. Eine ganz neue Anzahl! Nur in 95 Fällen wurde Einspruch erhoben; in 52 Fällen war derselbe jedoch erfolglos. Vom Regen in die Traufe kamen 2 Personen, bei denen die Strafe auf ihrerseits eingelegten Einspruch anstatt ermäßigt oder niedergeschlagen, erhöht wurde.

Erstattung von Invaliden-Versicherungsbeiträgen. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich entschieden, daß bei einem nach Eingehung einer zweiten Ehe geltend gemachten Erstattungsanspruch gemäß § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes auch die Beiträge zu erstatten sind, die vor Eingehung der ersten Ehe verwendet wurden, deren Erstattung aber nach der ersten Eheschließung nicht beantragt worden ist.

Im Krisenjahr 1902 wurden 100 Personen gegen 67 im Jahre 1901 dem Arbeitshause zugeführt, ein Beweis, welchen Einfluß die wirthschaftliche Depression auf die Ueberweisungen ausmacht. — 6 Personen wurden nach verbüßter Strafe unter polizeiliche Aufsicht gestellt, während gegen 5 Knaben und 5 Mädchen die Zwangserziehung ausgesprochen wurde.

24 kritische Tage soll das Jahr 1904 bringen. Nach der Falbschen Prognose werden wir am Sonntag, den 3. Januar, schon einen kritischen Tag erster Ordnung haben. Das neue Jahr, das so gut anfängt, bringt dann noch kritische Tage am 1. Februar, 2. März, 17. März, 13. Juli, 11. August, 9. September, 9. Oktober. Im ganzen sind 8 kritische Tage erster Ordnung, 10 kritische Tage zweiter Ordnung und 6 dritter Ordnung zu verzeichnen. Ganz besonders zur Beachtung empfohlen werden der 17. März und der 9. September, die als kritische Tage mit „Verschärfung" bezeichnet werden. Allzuviel Hoffnungen bezüglich des Wetters braucht man sich also vom neuen Jahre nicht zu machen, vorausgesetzt, daß man keine Zweifel in die Richtigkeit der Falb'schen Prognosen setzt.

Auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes hat der Senat den nachbenannten eingeschriebenen Hülfskassen, nämlich der Hauszimmerleute-Krankenkasse (e. H. Nr. 2), Freiwilligen Kranken- und Sterbekasse (e. H. Nr. 6), Krankenkasse der Maurer (e. H. Nr. 7), Kranken- und Sterbekasse der Bäckergesellen und verwandten Berufsgenossen (e. H. Nr. 10), Kranken- und Sterbekasse der Schlachtergesellen (e. H. Nr. 14), Seefahrer-Krankenkasse (e. H. Nr. 16), Kranken- und Sterbekasse „Thalia" (e. H. Nr. 17), Kranken- und Sterbekasse „Amicitia" (e. H. Nr. 18), Kranken- und Sterbekasse „Fidelitas" (e. H. Nr. 19), Krankenkasse für Kaufleute und Beamte (e. H. Nr. 23), Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter (e. H. Nr. 24), sämtlich hierselbst, sowie der Fischerkrankenkasse zu Schlutup (e. H. Nr. 21), welche Abänderungen ihrer Satzungen beschlossen haben, die Bescheinigung erteilt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Vornahme der Satzungsänderungen den Anforderungen des obengenannten Paragraphen genügen.

Rauhe und gesprungene Hände. Wer mit diesem Uebel behaftet ist, weiß, wie schmerzhaft es ist. Eine große Erleichterung kann man sich verschaffen und bei richtiger Behandlung tritt auch meist vollständige Heilung ein, wenn man einen Theelöffel voll reinen Honig in einer Tasse weichen Wassers auflöst, die Hände damit wäscht und sie so lange sanft reibt, bis sie trocken werden, also nicht abtrocknen. Dies muß man mehrmals am Tage ausführen, die Hände aber vorher mit lauem Wasser und Seife sauber reinigen und abtrocknen. Ist das Leiden schon erheblich vorgeschritten, so ist es zu empfehlen, sobald es die Beschäftigung erlaubt, alte weiche Handschuhe, deren Fingerspitzen man abschneidet, zu tragen. — Ferner ist zu beachten, daß man die Hände stets nach dem Waschen recht trocken abreibt und nie die feuchten Hände der kalten Luft aussetzt; ebenso schädlich ist es, wenn die Hände erhitzt sind, vielleicht vom Hantieren an der Kochmaschine, und läuft dann schnell an die Wasserleitung, um sich mit dem kalten Wasser die Hände zu reinigen. Wie schrecklich sehen oft im Winter die Hände der Dienstmädchen aus und wie viel Schmerzen könnte ihnen erspart werden, wenn die Hausfrau darauf sehen würde, daß sich das Mädchen die Hände stets mit lauem Wasser wäscht und mit einem groben Handtuche gut abtrocknet. Zu diesem Zwecke muß in der Küche ein Ständer mit Waschnapf und ein Stück gute milde Hausseife vorhanden sein. Die geringen Kosten machen sich reichlich dadurch belohnt, daß die Mädchen immer saubere, appetitliche Hände haben und ihre Arbeit noch einmal so gut und schnell verrichten können, denn mit aufgesprungenen oder erfrorenen Händen läßt es sich sehr schwer arbeiten. Vor dem Schlafengehen müssen die Hände ebenfalls sauber gewaschen, gut abgetrocknet und mit Lanolin, Goldcreme oder dergleichen eingefettet und alte weite Handschuhe angezogen werden. Alte Glacehandschuhe kann man für diesen Zweck vorzüglich benutzen, indem man dieselben wendet, also die linke, rauhe Seite nach außen bringt. Enge Handschuhe darf man nicht dazu nehmen, da dann das Blut in den Händen nicht genügend zirkulieren kann.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Eine Schifferkontrollversammlung findet, wie schon mitgetheilt, am kommenden Montagvormittag 9 Uhr im Konzerthaus Lübeck statt.

Das Kaiserpanorama führt uns in kommender Woche auf vielseitigen Wunsch Herrenchiemsee und das Millionenschloß des Königs Ludwig II. von Bayern vor Augen. Diese Serie, die aus 50 Ansichten von dem schönsten Schloß der Welt, und meistens von dem Innern der prunkvollen Gemächer besteht, dürfte großes Interesse, besonders bei der Damenwelt, erregen. Wer sich vor einigen Wochen die Serie der bayerischen Schlösser Lindenhof und Berg angesehen hat, wird sicherlich nicht versäumen, auch diese Serie in Augenschein zu nehmen.

Zu bürgerlichen Deputierten hat der Senat erwählt resp. wiedererwählt: Bei der Steuerschätzungskommission für die Stadt, Nordseite: H. R. Köhn an Stelle des ausscheidenden L. T. H. Heyck; für die Stadt, Südseite: den ausscheidenden E. K. K. Heidenreich; für die Vorstadt St. Lorenz: den ausscheidenden E. G. Th. Jappe; für die Vorstadt St. Gertrud: Th. J. H. Lenschau an Stelle des ausscheidenden J. A. Heitmann; für den Mühlenthor-Landbezirk: J. J. H. Scharbau zu Beidendorf an Stelle des ausscheidenden H. J. F. Isernhagen zu Genin; für das Städtchen Travemünde: E. K. Kiel zu Travemünde an Stelle des ausscheidenden H. J. Hobe; für den Burgtor- und Travemünder Landbezirk: F. H. Westphal zu Schlutup an Stelle des ausscheidenden J. H. F. Böge zu Schlutup. Bei den Schätzungskommissionen zur Ermittelung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude in der Stadt und in den Vorstädten: Im Marien-Magdalenen-Quartier: den ausscheidenden J. Prigge; in der Vorstadt St. Jürgen: H. Th. J. Knabjohann an Stelle des ausscheidenden Dr. L. H. Baethcke; in der Vorstadt St. Lorenz: den ausscheidenden H. R. G. Wibel. Bei der Brigitten-Stiftung: H. L. M. Jenne an Stelle des ausscheidenden J. H. R. Rahtgens.

pb. **Glücklich gerettet.** Am Neujahrstage, gegen 6 Uhr morgens wurde ein, infolge seiner Trunkenheit in die Trave gefallener hier wohnhafter Schuhmachergeselle von zwei an der Obertrave wohnenden Brüdern herausgezogen und an die Kanzleiwache gebracht. Nachdem der Mann mit trockenen Kleidern versehen worden war, wurde er entlassen.

pb. **Feuer.** Gestern Morgen gegen 5½ Uhr entstand in dem Emaillierwerk von Karl Thiel u. Söhne ein kleines Schadenfeuer. Es verbrannte der Beleg eines Gaszuführungs-Kanals. Die Entstehung dürfte auf brennende Funken, die durch einen Luftzug hinweg geführt wurden, zurückzuführen sein.

pb. **Hausfriedensbruch und Körperverletzung.** Gegen einen Maler und einen Buchbinder wurde Anzeige wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung erstattet.

Kleine amtliche Nachrichten. Bestätigt ist der in Brodten zum Mitgliede des Gemeindevorstandes erwählte Hufner J. Kröger. — Auf dem Gehöfte des Hufners Röhr in Behlendorf ist die Rotlaufseuche ausgebrochen. Der Schweinestall ist unter Sperre gestellt worden.

m. **Schwartau.** Wie Herr Gemeindevorsteher Hattenbach mit manchen Gemeinderatsmitgliedern umspringt, mag folgender Vorfall lehren: Als in der am letzten Montag abgehaltenen Gemeinderatssitzung das Protokoll verlesen worden war, wollte das Mitglied Munz in Bezug auf den Inhalt des Protokolls noch eine Frage stellen. Nach seiner Meinung enthielt dasselbe nämlich einen großen Fehler. Das schien jedoch dem Herrn Gemeindevorsteher nicht zu passen, denn er verweigerte die Worterteilung mit dem Bemerken, wer noch Fragen und Anträge stellen wolle, solle in sein Bureau kommen. (!) Hierauf wurde ihm erwidert, daß es sich doch um in der betr. Sitzung zur Verhandlung stehende Sachen handele. Außerdem sei die Sitzung doch noch nicht geschlossen. Herr Hattenbach machte jedoch kurzen Prozeß und schloß nach einer Bemerkung seinerseits einfach die Sitzung. — Das Verhalten des Herrn Gemeindevorstehers spricht allen Gepflogenheiten und jeder Geschäftsordnung direkt Hohn. Er ist verpflichtet, jedes Mitglied der Gemeindevertretung in der Sitzung zu Worte kommen zu lassen. Das sollte ihm eigentlich auch schon zur Genüge bekannt geworden sein. Die Arbeiter-Vertreter werden sich eine solche Vergewaltigung der Redefreiheit nicht gefallen lassen, sondern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln hiergegen ankämpfen. Sie fordern von dem Gemeindevorsteher, daß er auch ihnen dieselbe Behandlung angedeihen läßt, wie bürgerlichen Vertretern.

e. **Stockelsdorf.** Achtung, Parteigenossen! Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend findet am Sonntag den 3. d. M., Abends 7 Uhr, bei Paetau-Fackenburg statt. Da u. a. der Jahresbericht, Abrechnung vom 4. Quartal 1903, sowie Bericht vom Kirchenkollegium auf der Tagesordnung steht, ist hoffentlich ein guter Besuch zu erwarten.

Mölln. Eine Schifferkontrollversammlung findet am kommenden Dienstag 10¼ Uhr in Lauenburg vor dem Schützenhause statt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Ausstand der Steinmetzen bei der Firma Carl Heinig in Rostock ist nach fünfwöchentlicher Dauer durch Vermittelung des Gewerbegerichts als Einigungsamt beendigt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Unter dem Tor der Matrosenkaserne schlug Donnerstag ein Matrose einen Obermaat, weil dier ihn wegen unterlassenen Grüßens anhielt. Die „Disziplin" erfordert, daß dieses „schwere Verbrechen" mit etlichen Jahren Gefängnis geahndet wird. Im Zivilleben würde der Matrose mit einer geringen Geldstrafe davonkommen. — Auf der Wohlitz bei Wesenberg i. M. ertrank beim Schlittschuhlaufen der älteste Sohn des Schiffers Wordelmann.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte für die Anlage des neuen Kanals für den Ober-Elbe-Flußschiffverkehr, sowie für die neue Eisenbahn nach dem Bahnhof Wilhelmsburg 8¼ Millionen Mark und für die Vertiefung der Hamburger Häfen 2¼ Millionen Mark. — Raubanfall. In der Volksbank wurde ein Raubanfall gegen einen Postbeamten ausgeführt, der 500 Mk. Ersparnisse einzahlen wollte. Ein Unbekannter warf ihm Pfeffer ins Gesicht, entriß ihm die Scheine und entfloh, er wurde jedoch später ergriffen. — Die baugewerblichen Arbeiter Hamburgs haben durch ihre Vertrauensleute eine umfangreiche Petition an die Bürgerschaft gerichtet, betr. den Arbeiterschutz bei Bauten. Nach einer ausführlichen Begründung werden Vorschläge für einen ausreichen Arbeiterschutz gemacht mit dem Ersuchen, dieselben zu prüfen, zu berücksichtigen und dem neuen Baupolizeigesetz einzuverleiben. Hoffentlich haben sie mit ihrer Eingabe mehr Glück als ihre Lübecker Kollegen.

Güstrow. Ein großes Feuer brach Donnerstag Nacht gegen 1 Uhr in der Scherpingschen Möbeltischlerei aus. Die Tischlerei und mehrere angrenzende kleinere Stallungen waren bald eingeäschert. Inzwischen war auch das Wohnhaus vom Feuer ergriffen und wurde in kurzer Zeit völlig in Asche gelegt. Gegen Morgen ging auch das angrenzende Schlachter Mamerowsche Haus mit angrenzenden Stallungen in Feuer auf, und auch diese Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Es gelang, das Feuer von dem Grundstück des Färbermeisters Helmerich fernzuhalten, doch wurde das Dach durch den einstürzenden Giebel des Scherpingschen Hauses durchschlagen. Der Schaden beträgt über 100 000 Mk. Mehrere Personen konnten bei Ausbruch des Feuers nur mit Mühe gerettet werden.

Briefkasten.

C. F. M. 1. Der Hauswirt darf die Wohnung des Mieters nur dann betreten, wenn ein erhebliches Interesse für ihn vorliegt; dazu gehört aber unzweifelhaft die Besichtigung der gekündigten Wohnung durch Mietslustige. 2. Zur Besichtigung muß dem Wirt eine „angemessene" Zeit gewährt werden. Welche Zeit angemessen ist, richtet sich nach der Ortsgewohnheit und ist auf Anrufen des Mieters oder Vermieters vom Richter festzusetzen. Lehnt es der Mieter dennoch ab, so macht er sich für den Schaden haftpflichtig. 3. Sie dürfen Ihre elektrische Glockenanlage abnehmen, jedoch müssen Sie die Wohnung in denselben Stand setzen, wie sie war.

Quittung.

Für die Grimmitschauer Textilarbeiter gingen ein:

Von einer Kindtaufe, Meta, 0,60 Mk. S. 1,— Mk. Stammtisch „Stadt Stockholm", Engelsgrube 2,90 Mk. Am Biertisch gesammelt bei H. Fick, Glockengießerstr. 81 3,65 Mk. Bereits quittiert 6667,76 Mk. Summa 6675,92 Mark.

In der Quittung in Nr. 303 d. Bl. vom vor. Jahre muß es heißen: Vom Weihnachtstisch der Fackenburger Liedertafel 19 Mk. und C. M. 1,60 Mk.

Expedition des „Lüb. Volksb."

Louise Voss
Friedrich Sickert
Verlobte.
Lübeck, den 1. Januar 1904.

Als Verlobte empfehlen sich:
Hulda Fick
Hans Töllner.
Lübeck. Lübeck.
1. Januar 1904.

Eine freundliche Wohnung zu vermieten, enth. große Stube, große Schlafstube und Küche nebst Keller zum Preise von 200 Mk.
Näheres Friedenstraße 30, 1. Etage.

Zum 1. Januar **eine kleine Gangwohnung** im Preise von 120 Mk., bei der Drehbrücke.
Näheres Steinraderweg 9 a.

Gesucht eine Wohnung
(Hüxtertor) im Preise von 180 Mk. z. 1. April.
Off. u. R 30 an d. Exp. d. Bl.

Zu sofort oder später eine **Wohnung** mit Stall und Garten in **Ravensbusch** b. Stockelsdorf ist billig zu vermieten.
E. Roggenkamp, Ravensbusch.

Zu kaufen gesucht
Haus mit Werkst. oder mass. Stall
Offert. u. A 100 an die Exp. d. Bl.

Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestrasse 59a.

Sonnabend den 2. Januar und folgende Tage:

Grosser

Inventur-Ausverkauf.

Total-Räumung sämtlicher auf Lager befindlichen **Sommer-** und **Winter-Mäntel.**
Dieselben werden zu **enorm billigen Preisen** bis aufs letzte Stück ohne jede Ausnahme geräumt.

Streng reelle Bedienung. * Wir bitten um Besichtigung der Lager. * Kein Kaufzwang.

Zum 1. April **mehrere Wohnungen** in der Westhoff- und Warendorpstraße zu verm., Preis 200—260 Mk. Näh. Schönböckenerstraße 18 a.

Gesucht eine Waschfrau
für jeden Montag. Glockengießerstr 68 1.

Zu verkaufen **ein eisernes Aushängeschild,** 95 Ctm lang, 40 Ctm breit.
Näheres Engelswisch 9.

Zu kaufen gesucht
mittelgr., hübscher, wachs. Hund.
Josephinenstr. 3 (Hofthor)

Schöne Ferkel
zu verkaufen.
Friedrich Freyer, Gr. Steinrade.

Bei der Silvesterfeier im Vereinshaus ist von einer bekannten Dame ein brauner Pelzmuff versehentlich mitgenommen worden, wir ersuchen, dieselbe im Vereinshaus baldigst abzuliefern.
Das Komitee.

Zum Setzen neuer **Öfen und Herde,** sowie Umsetzen, Reinigen und Ausbessern derselben empfiehlt sich **C. Hohenfeld, Töpfer,**
Engelswisch 9.

Bitte lesen!
Ernst Pagels
71 Glockengießerstraße 71
empfiehlt
ff. Kaffee per 80 Pf., 160 Mk.,
hochfeine Meiereibutter,
ff. Margarine per Pfd. 60, 70 und 80 Pf.,
geräucherte Landmettwurst per Pfd. 1, 1.20 und 1.30 Mk.,
sowie alle **Kolonialwaren**
zum billigsten Tagespreise.
Vom **1. Jan. 1904 ab** verabfolge ich auf sämtliche Waren **Bons!**

Wilh. Venohr, Schuhmacher,
Schönkampfstr. 19, empfiehlt sich mit allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Circus Variété.
Einen Sieg auf der ganzen Linie
erringt der wundervolle, aus **10 Attraktionen** bestehende
Neujahrsspielplan.
Von hier nen Band zu Band: Großartig! Wunderbar! So etwas haben wir doch noch nicht gesehen.
Daher die **beste Reklame** ist und bleibt
ein gutes Programm.
Man de Wirth
muß man bewundern, über die **Gignacs** gleich, über **Max Frey's** neue Vorträge sich freuen und die **anderen Attraktionen** gesehen haben
Heute Sonntag:
2 große Vorstellungen.
Anfang 4 Uhr und abends ½8 Uhr.

Geschäfts-Verlegung.
Habe mein
Tabak- u. Zigarren-Geschäft
von der Hafenstraße nach der Engelsgrube Nr. 70 verlegt.
Bitte alle werten Nachbarn und Bekannten, mein junges Unternehmen freundl. zu unterstützen. Lege die größte Sorgfalt auf abgelagerte Ware.
Georg Stammer, 70 Engelsgrube 70.

Arbeiter-Bildungsschule, Lübeck.

Der Lehrplan gestaltet sich in der zweiten Hälfte des Winterhalbjahres wie folgt:
Mittwochs: **Stenographie**
(Fortbildungskursus. Nur für Kenner der Stenographie, System Stolze-Schrey).
Donnerstags: **Geschichte.**
Freitags: **Deutsche Sprache.**

In der **Geschichte** wird vom kommenden Donnerstag ab die zwischen der Deutschen Reformation und der französischen Revolution liegende Zeit behandelt, während im **Deutsch-Kursus** ab Freitag die Frage: „Mir oder Mich"? sowie die Satzlehre vorgenommen wird.

Die Teilnahme an diesen beiden Fächern ist jedem Genossen auch jetzt noch zu empfehlen.

Der Unterricht währt von 8½ Uhr bis 10 Uhr.

Eintrittsgeld und Monatsbeitrag betragen je 30 Pfg., wofür die Teilnahme an jedem Unterrichtsfach freisteht.

Der Vorstand.

Meinen werten Kunden, Freunden und Bekannten ein **fröhliches Neujahr!**
K. Meitmann und Frau,
Westhoffstraße 11, Lübeck.

Allen meinen werten Kunden, Freunden und Gönnern ein
fröhliches Neujahr!
Carl Buck, Warendorpstraße 32

Meinen werten Kunden, wie Geschäftslieferanten von ganzem Herzen ein
Prosit Neujahr!
D. Kibbel, Schwartau, Schulstr. 5

Meinen werten Gästen wünsche ich ein **fröhliches neues Jahr!**
Heinr. Stahr, Im gold. Apfel.

Brauerei Fackenburg
Sonntag den 3. Januar 1904:
1. grosses humoristisches Bockbier-Fest
ausgeführt von der ganzen Heydenschen Kapelle
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf
Bockbiermütze und Programm gratis.
Sämtliche Lokalitäten sind gut geheizt.

Stadttheater.
7½ Uhr. Sonntag d. 3. Januar 1904. 7½ Uhr.
100. Vorstell. 15. Freitags-Abonnem.
Pariser Leben.
Nachmittags 4 Uhr:
Snewittchen bei den 7 Zwergen.
7½ Uhr. Montag d. 4. Januar 1904. 7½ Uhr.
101. Vorstell. 15. Montag Abonnem.
Oberon.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 2. Sonntag, den 3. Januar 1904. 11. Jahrgang.

Bürgerliche Professoren über Crimmitschau.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ haben die Münchner Professoren Brentano, Löwenfeld und Gruber um ihr Urteil über die Crimmitschauer Aussperrung gebeten. Die genannten Gelehrten haben in drei Aufsätzen ihre Ansichten niedergelegt. Wir entnehmen den von den „Münchner Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten Darlegungen folgende Stellen:

Prof. Dr. L. Brentano bespricht zunächst die unsern Lesern schon bekannten Ursachen des Ausstandes. Er betont, daß man in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Crimmitschau zwölf Stunden arbeitete. Bei ganz vorzüglichen Arbeitern kam ein Webstuhl damals auf 55 Schuß in der Minute; die durchschnittliche Schußzahl betrug 48—52. Da erfolgte die Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden. Die Fabrikanten haben davon keinen Schaden gehabt. In der neueren Zeit ist man in Crimmitschau zur Anwendung moderner Maschinen geschritten, die 75 bis 80 Schuß in der Minute machen. Die Produktionsmenge, die der Weber liefert, ist also sehr beträchtlich gestiegen. Allein die Arbeiter erklären, daß der schnellere Gang der Maschinen ihre Gesundheit stärker in Anspruch nähme, und verlangen dementsprechend eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und gleichzeitig eine Lohnerhöhung um 10 Prozent. Dabei gilt aber die letztere Forderung als eine nebensächliche, die man eventuell fallen zu lassen bereit ist, wenn nur die erstere bewilligt werde. Und weil die Arbeiter von fünf Fabriken die Erfüllung dieser Forderung zu Bedingung ihrer künftigen Arbeitsverträge gemacht haben, sind 7000 bis 8000 Arbeiter ausgesperrt worden, bis jene ihre Forderung zurücknähmen.

Was die ökonomische Seite dieser Frage angeht, so betont Professor Brentano, daß nach seiner Kenntnis die Möglichkeit der Hebung des Durchschnittsniveaus der deutschen Textilindustrie eine außerordentlich große ist; allein die Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein einer Arbeiterschaft, die vermöge besserer Arbeitsbingungen den erhöhten Anforderungen einer vorgeschrittenen Technik zu genügen imstande ist. Und Martin macht die für die schwebende Frage überaus wichtige Mitteilung: „So haben sich mir gegenüber eine größere Anzahl der Bigogne-Spinnereibesitzer und Buckskinfabrikanten in Crimmitschau, darunter gerade die Besitzer der größeren Firmen, dahin geäußert, daß sie mit der Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages von 10 Stunden für alle Arbeiter sehr wohl einverstanden sein würden.“ Auch ist in Forst, in Meerane der zehnstündige Arbeitstag bereits durchgeführt.

Nach Aussage von Fabrikanten selbst besteht also keine Unmöglichkeit, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen; warum also der Zwist? Weil man Herr im eignen Hause bleiben will!! Brentano weist nach, daß die Arbeiter nach § 105 der Reichs-Gewerbeordnung doch das Recht haben, gemeinsam die Bedingungen zu nennen, unter denen sie das Arbeitsverhältnis fortsetzen wollen. Der § 152 gibt ihnen ausdrücklich das Recht, sich zum Zwecke der Durchsetzung der von ihnen gewünschten Arbeitsbedingungen mittels Arbeitseinstellung zu verbinden und zu vereinigen. Und wenn die Arbeiter sich nun dieses ihnen gewährten Rechtes bedienen, um eine Forderung durchzusetzen, die sie im Interesse ihrer Gesundheit für unerläßlich erachten und die nach dem eigenen Zeugnisse der Arbeitgeber wohl bewilligt werden kann, spricht man von mutwilligem Aufwerfen der „Machtfrage“ und eifert gegen „Hetzer“, deren Tyrannei nicht geduldet werden könne!

Und die Staatsverwaltung, die erklärt hat, „über den Parteien“ zu stehen? Brentano rekapituliert kurz die behördlichen Maßnahmen gegen die Ausgesperrten bis zu dem Verbot aller Versammlungen und dem Verbot der Weihnachtsfeiern und sagt dann:

Diese Vorgänge kennzeichnen die „Unparteilichkeit“, die die Staatsverwaltung in diesem Kampfe für sich in Anspruch nimmt, selbst. Jedes weitere Wort zu ihrer Kennzeichnung könnte den Eindruck, den sie hervorrufen, nur abschwächen. Aber auf eines sei noch hingewiesen: Wir geben uns seit Dezennien Mühe, in Posen Deutsche anzusiedeln, um des polnischen Elements Herr zu werden. Wir reden von der Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit, um die großen Lasten, die der Zolltarif der gesamten Bevölkerung auferlegt, mundgerecht zu machen. Und um in einem Kampfe um Arbeitsbedingungen die Oberhand zu gewinnen, deren Bewilligung man schon seit Jahren als sehr wohl tunlich erklärt hat, zieht man jetzt aus Galizien und Böhmen Arbeiter fremder Nationalität heran, nur um über deutsche Arbeiter zu triumphieren! Wo bleibt der Schutz der nationalen Arbeit? Oder will man etwa aus Crimmitschau eine tschechische Enklave machen, wie Dortmund schon eine polnische ist? Und da wundert man sich über die wachsende Verbitterung der Arbeiterklassen gegenüber der bestehenden Ordnung, über die 22 Sozialdemokraten, die Sachsen in den Reichstag entsandt hat, und über die Lokalfarbe, die dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie den charakteristischen Grundton gegeben hat!

Ueber die rechtliche Bedeutung der Crimmitschauer Angelegenheit äußert sich Prof. Dr. Löwenfeld. Er weist ebenfalls auf die schon genannten §§ 105 und 152 der Gewerbeordnung hin, und sagt dann:

Wenn daher Crimmitschauer Arbeiter zur Erzielung eines zehnstündigen Arbeitstags die Arbeit in fünf Fabriken eingestellt und die Crimmitschauer Fabrikanten aus diesem Anlaß die gesamte übrige Arbeiterschaft — im ganzen etwa 8000 Männer und Frauen — ausgesperrt haben, so ist beiderseits nur ein unbestreitbares Recht ausgeübt worden. Da es im Deutschen Reich zum Schutze der „nationalen“ Arbeit wohl Einfuhrzölle und Einfuhrverbote gegen ausländische Waren, aber nicht gegen ausländische Arbeiter gibt, so stand und steht es den Fabrikanten in Crimmitschau auch frei, die sächsischen in bezug auf Kultur anspruchsvolleren Arbeiter durch Galizier und Tschechen zu ersetzen; den Crimmitschauer Arbeitern stand — nach Reichsgesetz — frei, nicht nur untereinander, sondern auch mit jenen fremden „Arbeitswilligen“ in Verbindung zu treten, sie von dem Stand der Dinge zu verständigen und so den Zuzug von Hilfstruppen der Unternehmer fernzuhalten. Zu diesem Zwecke dient das Streikpostenstehen, die einzige Art und Weise, auf die ausständige oder ausgesperrte Arbeitermassen mit den von auswärts ankommenden Arbeitswilligen — deren Arbeitswilligkeit vielfach auf Unkenntniß der Sachlage beruht — in Verbindung treten können. Das Streikpostenstehen sollte zwar in der sogenannten Zuchthausvorlage verboten werden, ist aber, da jener Gesetzentwurf vom Reichstag abgelehnt worden, nach wie vor gemäß § 152 RGO. erlaubt. Diese nach Reichsrecht zweifellose Rechtslage wird durch die sächsische Behörde an der Hand des Landesrechts zuungunsten der Arbeiter vollständig verschoben. Ich sehe hier davon ab, daß und wie das Streikpostenstehen unmöglich gemacht wurde, und will nur von dem Versammlungsverbot vom 10. Dezember sprechen.

Das Königreich Sachsen ist schon vor Jahren als das „klassische Land der Erschwerung der Arbeiterkoalition“ bezeichnet worden. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Band 76 Seite 244.) Im ganzen Deutschen Reiche mit Ausnahme des Königreichs Sachsen befolgt die gerichtliche wie die Verwaltungspraxis den Grundsatz, daß das Reichsgesetz auf dem Gebiet des Arbeiterrecht dem Landesrecht vorgeht, daß daher die reichsrechtlich gewährleistete Koalitionsfreiheit nicht durch ein Landesvereinsgesetz beschränkt werden kann. Nur die sächsische Verwaltung vertritt den entgegengesetzten, zweifellos unrichtigen Standpunkt (vergleiche hierzu die Ausführung Professor Lönnings in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Band 76, Seite 266 ff.). So hat denn auch jetzt die Kreishauptmannschaft Zwickau unter Berufung auf § 12 des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 alle Versammlungen in Crimmitschau, auch nichtöffentliche, einfach verboten und damit eine unentbehrliche Art der Ausübung des Koalitionsrechts den Arbeitern unmöglich gemacht. Es würde zu weit führen, auf die Begründung näher einzugehen, die die sächsische Behörde an der Hand des Landesvereinsrechts für jenes Versammlungsverbot als genügend erachtet; sie ist außerordentlich mager; insbesondere konnte mit keiner Silbe behauptet werden, daß etwa bis zum 10. Dezbr. 1903, dem Tage jenes Verbots, in irgend einer Arbeiterversammlung eine gesetzwidrige Handlung oder Aeußerung vorgekommen oder daß solche Gesetzwidrigkeiten in Versammlungen zu befürchten seien. Aber daß in einer Nacht dem Vertreter der Unternehmer, in einer andern dem Bürgermeister die Fenster eingeworfen seien, wird unter den „Gründen“ angeführt; daß dies von Streikenden verübt wurde, wird nicht behauptet.

Der angeführte Beschluß scheint denn auch die Begründung mit dem Landesvereinsrecht selbst nicht als ausreichend zu halten. Er versichert, „die Vereinigungen der Arbeiter, welche § 152 der Reichsgewerbeordnung im Sinne hat, sind durchaus nicht verboten“, nur müßten dieselben so gehandhabt werden, daß sie mit dem Versammlungsverbot nicht in Widerspruch treten. Wie dies auszuführen, bleibt Geheimnis der Behörde. Die 8000 Arbeiter sollen sich wohl telephonisch oder brieflich verständigen, wie die Arbeitgeber zu tun in der Lage sind.

Um den Vorwurf, daß man Reichsrecht auf Grund des Landesrechts korrigiert habe, abzuwenden, macht die Kreishauptmannschaft Zwickau den Versuch, zu beweisen, das Versammlungsverbot entspreche dem Sinn und Zweck des § 152 der Gewerbeordnung. Das Reichsgesetz schütze die Freiheit der Entschließung des einzelnen Arbeiters. Diese Freiheit werde bedroht, „wenn man die Arbeiterschaft zum Besuch von Versammlungen veranlaßt, in denen entsprechende Verhetzung und Bearbeitung stattfinden kann“. Ungefähr so hat auch das französische Gesetz von 14./17. Juni 1891 die gewerblichen Arbeiterkoalitionen als im Widerspruch mit der Freiheit der Arbeit und der Erklärung der Menschenrechte stehend verboten, und diesem französischen Gesetz folgten die früheren deutschen Gesetzbücher in ihren Strafbestimmungen gegen die Koalition der Gewerbetreibenden und der gewerblichen Arbeiter, — die samt und sonders durch § 152 der G.-O. als aufgehoben erklärt wurden: für die Freiheit der Arbeit hält das Reichsgesetz die Koalition der Arbeiter für erforderlich; die sächsische Verwaltung ist jedoch gegentheiliger Ansicht und erklärt die Arbeiterversammlung, die Hauptform der reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsübung, als eine Gefahr für die Freiheit des Arbeiters und damit denn auch als auf Grund des Reichsrechts zu verbieten.

Man kann wohl sagen: Mit leichter wiegenden Gründen ist selten eine so schwerwiegende Entscheidung gerechtfertigt worden. Daß diese Entscheidung sich einseitig gegen die schwächere Partei wendet, leugnet zwar der Beschluß der sächsischen Behörde; sie erklärt das Versammlungsverbot treffe alle Einwohner des Streikgebietes. Auf dem Papier, aber nur auf dem Papier mag dies richtig sein.

Ueber die hygieinische Seite der Forderung der Herabsetzung der Arbeitszeit äußert sich Prof. Dr. Gruber. Er sagt u. a.:

Die Arbeit des Maschinenwebers gilt als leicht. Sicherlich erfordert sie keine bedeutende äußere Arbeit. Aber sie darf auch nicht unterschätzt werden. Das ununterbrochene Heben und Hin- und Hertreten am Webstuhl ist an sich eine

---

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

17. Fortsetzung.

„Aber was für ein Gefühl, Constanze?“ bat Dürrbeck. „Haben wir nicht die Hauptschwierigkeit glücklich überwunden — und was Anderes könnte Dir noch Sorgen oder Bangen machen? Dein Kontrakt?“

„Ich weiß es nicht; die lange Zögerung vielleicht, die Ungewißheit dessen, was dazwischen liegt — aber das auch nicht — mehr ein unbestimmtes Etwas, wie eine Ahnung drohenden Unheils. Und doch, wenn ich vernünftig darüber nachdenke, so bietet sich mir kein Anhalt an irgend 'was.“

„Träume, mein Schatz,“ lächelte Dürrbeck, „schweres Blut; Du machst Dir zu wenig Bewegung, und ich fürchte auch,“ setzte er leiser hinzu, „die Kost hier im Hause ist für Dich und Deine ewige geistige Aufregung wie körperliche Anstrengung auf der Bühne nicht kräftig, nicht nahrhaft genug.“

„Die Leute tun wirklich, was sie können, Bernhard,“ sagte Constanze gutmütig. „Aber es ist auch nicht das, denn sobald Du bei mir bist, schwindet dieses fast tötende Gefühl im Nu und mir ist so wohl und leicht, daß ich aufjauchzen möchte in Lust und Seligkeit.“

„Mein Herz, mein liebes Herz,“ dankte ihr der junge Mann, sie wieder fester an sich ziehend; „aber nun schüttle auch die bösen Träume ab, die mein armes Mädchen nicht viel länger quälen sollen. Ich habe heute wieder einen gar so lieben Brief von meiner guten Mutter gehabt, die Dich einladen läßt, die Ferien, wenn bis dahin unsere Verbindung noch nicht geschlossen wäre, auf unserem Gute zuzubringen.“

„Die gute Mutter . . .“

„Ich habe Dir den Brief mitgebracht; lies ihn heute Abend durch, wenn Du allein bist; er wird Dir so viele Freude machen, wie er mir gemacht.“

„Ich danke Dir, Bernhard — ich danke es Deiner Mutter, die der armen, heimatlosen Waise so freundlich ihre Arme geöffnet hat.“

„Und noch immer so traurig, Herz, so niedergedrückt? Ich bin ja bei Dir jetzt, und da dürfen keine trüben Gedanken in Dir weilen.“

„Du hast Recht, Bernhard,“ sagte das schöne Mädchen, indem ein Lächeln über ihre freilich noch immer bleichen Züge glitt; „Du solltest mich schelten, daß ich so undankbar gegen Dich bin, und doch ist es ja nur meine Liebe zu Dir, die mich sorgen und mich ängstigen läßt — für mein eigenes Selbst lebt kein Gedanke in mir.“

„Meine Constanze, mein süßes, herrliches Mädchen — aber ich muß wieder die rosigen Grübchen in Deinen Wangen sehen,“ sagte er kosend, indem er sie zu dem Ruhefauteuil am Fenster führte. „Komm, da setze Dich hin, und ich erzähle Dir meinen heutigen Besuch bei Deinem Direktor.“

„Du warst dort?“ rief Constanze hastig. „Und was hat er gesagt? Er weigert sich natürlich — ich bat Dich gleich, den nutzlosen Versuch gar nicht zu machen. Er ist ein Geldmensch und weiter nichts.“

„Bitte, mein Schatz,“ lachte Dürrbeck, „er ist auch noch etwas mehr, und zwar der komischste Kauz, der mir in meinem ganzen Leben vorgekommen ist. Denke Dir, er studirte den Tasso — und hatte dazu noch seine Locken in Papilloten!“

Constanze lächelte.

„Und das noch nicht genug, Hans Solberg ärgerte ihn, und nachdem er uns gehörig angedonnert, ging er durch eine richtige und wahrhaftige Versenkung in die untere Etage!“

„Das sieht ihm ähnlich,“ lachte Constanze, von deren Stirn die trüben Schatten jetzt im Nu gewichen waren; „aber er macht noch andere, tollere Geschichten. Er hat in seiner Wohnung auch eine ganz richtige Blitz- und Donnermaschine, und wenn Einzelne der Mitglieder ihn mit Anliegen quälten, Vorschuß haben wollten und dergleichen, so ließ er den Donner los und verschwand in einem grellen Blitze.“

„Es ist doch kaum denkbar —“

„Die Sache ist ihm aber gelegt worden,“ lachte Constanze, „denn neulich war auch einmal ein Ratsdiener bei ihm, der die fälligen oder überfälligen Steuern einkassieren sollte, und den verblüffte er dermaßen durch grelle Blitze und Donner, während er ebenfalls verschwand, daß der Mann die Treppe hinabsprang und unten die Feuerwehr allarmierte. Seitdem ist ihm das Blitzen sowohl wie das Donnern, über welches sich die Nachbarn schon mehrfach beklagt hatten, verboten worden, aber seine Versenkung benutzt er nach wie vor.“

„Aber sag' einmal, Schatz,“ lachte Dürrbeck, „der Mann ist doch einfach wahnsinnig; wie kann er da einem solchen Institut vorstehen?“

„Weißt Du nicht, wie Polonius im Hamlet sagt?“ lächelte Constanze. „Es ist Methode in seinem Wahnsinn, aber er lebt und webt auch nur für die Bühne, und wenn nicht sein Verstand, so leitet ihn doch unfehlbar sein Instinkt, auf diesem Felde durchschnittlich das richtige zu treffen. Im praktischen Leben würde er völlig unbrauchbar sein, soweit es nicht Geldangelegenheiten betrifft, aber für das Theater paßt er. Er ist allerdings ein schauerlich manierierter Schauspieler und spielt eine Anzahl von Rollen, für die er teils zu alt, teils wieder zu jung ist; aber der Feuereifer, mit dem er sich hineinwirft, die wirkliche Begeisterung, mit der er die verschiedenen Charaktere anfaßt, sprechen dann wieder für ihn, und das Publikum hat sich außerdem so an ihn gewöhnt, daß er eben machen kann, was er will — er gefällt ihm doch.“

„Aber auf jedem andern Theater der Welt würde er ausgelacht!“

„Das ist möglich, sogar wahrscheinlich; aber er scheint das auch selbst zu fühlen, oder leitet ihn da wieder sein Instinkt — er sucht sie wenigstens nicht auf, und hat sogar

bedeutende Muskelleistung und die aufmerksame Bedienung so rasch gehender Maschinen stellt sehr hohe Anforderungen an das Nervensystem. Die Arbeitsbedingungen des Maschinenwebers und -Spinners in einer modern eingerichteten Fabrik sind gewiß unvergleichlich besser als die des alten Handwebers. Aber so ganz unschädlich sind sie nicht. Das beständige Stehen fördert die Entstehung des Plattfußes, von Blutstauungen in den Beinen, Krampfadern und Fußgeschwüren, die namentlich bei Frauen leicht schlimme Grade annehmen. Die hohe Temperatur, die des Arbeitsprozesses wegen in Baumwollspinnereien absichtlich aufrechterhalten wird, stört die Erwärmung des Körpers und führt zur Verweichlichung. Die Einatmung der feinen Fäserchen von Wolle und Baumwolle, die bei der Verarbeitung der Garne abgestoßen werden, begünstigt die Entstehung der Lungenschwindsucht, von Katarrhen und andern Krankheiten der Atmungsorgane.

Prof. Gruber weist weiter nach, daß eine 11stündige Arbeitszeit unbedingt zu lang sei und hält, namentlich für Frauen und Mädchen, den neun- bis zehnstündigen Arbeitstag in allen Industrien für das Maximum des Zulässigen. Ich möchte, sagt er schließlich, ihn insbesondere in der Form der 50- bis 55stündigen Arbeitszeit pro Woche eingeführt sehen, wie er sich in England so glänzend bewährt hat: nur fünf volle Arbeitstage in der Woche; am Sonnabend nur Halbtagsarbeit, damit der Sonnabendnachmittag zu den erforderlichen Einkäufen und Hausarbeiten verwendet werden kann und der Sonntag auch für die armen Frauen zum vollen Ruhetag wird! Diese Freigabe des Sonnabendnachmittags würde auch erst die volle Sonntagsruhe für das gesamte Handelsgewerbe ermöglichen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die wahre Ursache der Soldatenmißhandlungen haben die Konservativen jetzt endlich entdeckt: Die „Verrohung des Volkes" und die zweijährige Dienstzeit sind es, so verkündet es das „Vaterland", das Organ der sächsischen Konservativen, und die „Konservative Korrespondenz" druckt es zustimmend ab. Die Soldatenmißhandlungen, so heißt es, seien nichts anderes, als der in der Armee zum Ausdruck kommende Ausfluß der Roheit, die in gewissen Bevölkerungsschichten mehr und mehr überhand genommen habe, deren Wirkung sich in gleicher Weise finde in der Werkstatt des Handwerkers, in der Gesindestube, in der Fabrik, auf dem Bau, in den Streikgebieten, in den Wahlversammlungen, bei den Reichstagswahlen, bei den Landtagswahlen. Von diesem ethischen Niedergange könne die Armee nicht freigehalten werden; sie sei ein Volksheer, das Volk in Waffen, das Volk mit seinen guten, aber auch mit seinen minderwertigen Elementen. Der Unteroffizierstand sei schon längst nicht mehr ein Lebensberuf. Und in diese Schwierigkeiten habe die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nur noch verschärfend eingegriffen. Also das Volk ist schuld oder vielmehr die unteren Schichten der Bevölkerung, die den Konservativen immer recht unbequem sind, soweit sie nicht der konservativen Leitung willenlos gefolgt sind, und die Gelegenheit die zweijährige Dienstzeit herabzusetzen, darf natürlich auch nicht verabsäumt werden. Warum ist aber nur von den Arbeitern und dem Gesinde die Rede, warum nicht auch von den Herren Junkern, von denen schon so mancher die Roheit seiner Gesinnung schlagfertig gegen wehrlose Mägde bekundet hat? Die Volksverrohung ist eines von den Schlagworten der Scharfmacher, mit denen einzelne Auswüchse zu Unrecht verallgemeinert werden. Das Volk ist nicht roher geworden, die zunehmende Volksbildung und eine fortschreitende soziale Fürsorge sind die besten Mittel gegen verrohende Einflüsse. Die Gründe für die unangemessene Behandlung der Soldaten aber liegen auf anderem Gebiete und sind von uns zu wiederholten Malen bereits ausreichend erörtert worden. Sie dem „Volk" in die Schuhe zu schieben, ist umso weniger gerechtfertigt, als ja auch Offiziere sehr häufig an solchen Mißhandlungen beteiligt gewesen sind.

Amtsentsetzung eines polnischen Schulveteranen. Aus welchen Gründen in Preußen ein Volksschullehrer seines Amtes enthoben wird, zeigt eine in Nr. 297 der „Preuß. Lehrer-Zeitung" enthaltene Notiz. In Mieltschin, Provinz Posen, wurde ein Lehrer Guzinski, der auf eine achtundzwanzigjährige Dienstzeit zurückblicken kann, aus dem Dienst entlassen, weil er 1. am 3. September 1902 die von ihm abgenommene preußische Fahne „nicht zusammengerollt, sondern verächtlich (!) beiseite geworfen" habe, 2. am Sedantage des genannten Jahres den Unterricht nicht sogleich mit einer entsprechenden Feier begonnen und schließlich 3. dem Hauptlehrer die Schulhefte nicht zur Durchsicht geschickt habe. Außerdem sollen noch einige andere, in dem zitierten Blatte nicht genannte Beschwerden erhoben worden sein, deren Größe und Bedeutung man aber aus den mitgeteilten Hauptverbrechen wohl erkennen kann. — Daß man einen Beamten, der 28 Jahre seine Pflicht erfüllt hat, wegen solcher Dinge auf die Straße werfen und eine Familie in Unglück und Not bringen kann, ist geradezu unglaublich. Denkt man denn im Ernste, durch eine solche Politik die Polen zu getreuen preußischen Untertanen machen zu können? Bezeichnend ist es aber, daß gar noch die genannte Lehrerzeitung diese Amtsentsetzung als „durchaus gerechtfertigt" bezeichnet! Eine Ehrenpflicht sollte es für ein Schulblatt sein, die Lehrer gegen die Uebergriffe des Bureaukratismus zu schützen; hier aber feiert noch ein Lehrerorgan — es ist ein „freisinniges" Blatt — ein solches rücksichtsloses Vorgehen!

Mit „sozialdemokratischen Enthüllungen" wartet seit einigen Tagen diejenige Presse ihren Lesern auf, die selbst vor Korruption weder aus noch ein weiß. Daß dabei die allzeit ollen ehrlichen journalistischen Seemänner im Lübecker Adreßhause nicht fehlen dürfen, versteht sich von selbst. Den „Lüb. Anz." hat die Registrierung der Schauermär sogar ganz besondere Freude bereitet. Und worum handelt es sich bei diesen schrecklichen „Enthüllungen"? Um eine, wie der „Vorw." mit Recht sagt, höchst nebensächliche, rein persönliche Angelegenheit einiger Genossen in Charlottenburg. Die ultramontane „Germania" hat sich in den Besitz einer nicht im Buchhandel erhältlichen Broschüre zu setzen gewußt, die der Genosse Otto Goerke „in eigener Sache" jüngst veröffentlicht hat. Die „Germania" bringt nun aus dem Pamphlet einen echt jesuitisch entstellten Auszug, und diesen bereits entstellten Auszug hat der Kollege von der andern Seite, der Stöckerfrumbe „Reichsbote", noch weitergekürzt und weiter entstellt, so daß er nun die Runde durch die amtlichen und freiwillig-amtlichen Annonzenplantagen antreten kann. Der „Vorw." theilt in der Angelegenheit mit: Es handelt sich in der Goerkeschen Broschüre um einen Ausbruch persönlichen Mißmuts und überreizter Empfindlichkeit. Goerke ist im Anfang dieses Jahres aus dem sozialdemokratischen Wahlverein Charlottenburg wegen Differenzen ausgetreten, in die er mit einer Reihe von Genossen geraten war. Sie rührten her aus den Vorgängen bei der Ortskrankenkasse; hier hatte Goerke dem aus dem Wahlverein ausgestoßenen früheren Vorsitzenden bis zuletzt die Stange gehalten. Im Verlaufe des Streits war gegen G. der Vorwurf erhoben worden, daß er die Spandauer Genossen beim Druck der „Laterne" übers Ohr gehauen habe. Bevor die vom Wahlverein geführte Untersuchung, die die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergab, formell zu Ende geführt werden konnte, war G. aus dem Wahlverein ausgeschieden, wie er angibt im Interesse der Partei, um die Wahlvorbereitungen nicht zu stören. Statt nun nach Beendigung der Wahlen wieder in den Wahlverein einzutreten und dort im geordneten Verfahren sein Recht zu suchen, bricht sein Unmut in einer Broschüre los, die durch ihre maßlosen Uebertreibungen und schiefen Darstellungen nur den Gegnern eine Freude bereiten, der Partei aber nichts nutzen kann. Es mag schon sein, daß ihm mehrfach Unrecht geschehen ist, aber auch wer die tatsächlichen Angaben Goerkes auf ihre Richtigkeit nicht prüfen kann, muß sehen, daß sie in jedem Punkte den Aerger eines erregten Menschen verraten und an vielen Stellen die Uebertreibung ohne weiteres erkennen lassen. Mag ihm also Unrecht widerfahren sein, so tut er durch seine Darstellung der Vorgänge anderen nicht minder unrecht. Bei ruhiger Ueberlegung hätte Goerke sich sagen müssen, daß er durch sein Verfahren weiter nichts erreicht, als gehässigen Gegnern Stoff zu Verdrehungen zu bieten. Denn was die bürgerliche Presse, allen voran die „Germania", aus der Schrift macht, steht natürlich gar nicht einmal darin und beweist vor allen Dingen gar nichts gegen die Sozialdemokratie. Soweit hinter den Mitteilungen der Broschüre über ungerechtfertigtes Verfahren einzelner Personen wirklich ein berechtigter Kern stecken mag, so wäre damit nur gezeigt, daß eben auch die Sozialdemokraten verdammt sind, in der kapitalistischen Gesellschaft zu leben in der die persönlichen Interessen immer wieder das idealste Streben zu überwuchern streben. Inzwischen hat sich Goerke doch wieder zum Eintritt in den Wahlverein gemeldet und zugleich hat die Leitung des Vereins die Einsetzung eines Schiedsgerichts veranlaßt, um die Streitpunkte zu klären.

Aus einer kleinen Garnison. Das aus dem Bilseprozeß bekannt gewordene Trainbataillon Nr. 18 in Forbach zählte bisher außer einem Major als Kommandeur drei Rittmeister, drei Oberleutnants, drei Leutnants. Schon vor Weihnachten sind in dieses Bataillon neu versetzt worden ein Leutnant und drei Oberleutnants. Die neueste Nummer des „Militärwochenblattes" meldet, daß zum Kommandeur des 16 Lothringischen Trainbataillons in Forbach der Eskadronschef im Magdeburgischen Dragoner-Regiment Nr. 6 Major v. Nathusius ernannt worden ist. Außerdem wurden in das 16. Trainbataillon nach Forbach versetzt die beiden Rittmeister Noack vom Hannoverschen Trainbataillon Nr. 10 in Hannover und Gerpott vom Rheinischen Trainbataillon Nr. 8 in Ehrenbreitstein. Von den bisherigen Offizieren des Trainbataillons in Forbach wurde dem Kommandeur Major Fuchs, dem vorzüglichen Bowlenbrauer, der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des litauischen Ulanenregiments Nr. 12 Ebenso wurde dem Rittmeister Bandel der Abschied bewilligt. Rittmeister Ey wurde mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt und zum Bezirksoffizier beim Landwehrbezirk Gnesen ernannt. Der Oberleutnant Habenicht wurde mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Verschiedene Mächte, die an dem Handel auf den Philippinen interessiert sind, darunter das Deutsche Reich, haben durch ihre Vertreter in Washington bei der Regierung der Vereinigten Staaten Vorstellungen gegen die Art erhoben, wie die Union in einem Spezialfalle die Politik der „offenen Tür" handhabt. Der Manila-Hanf, der von den Philippinen exportiert wird, unterliegt seit 1901 einem Ausfuhrzoll. Die Abgabe wird nun neuerdings den amerikanischen Händlern zurückvergütet. In dieser Bevorzugung erblicken die Mächte nicht mit Unrecht eine Verletzung resp. eine Umgehung der handelspolitischen Konzessionen, die die Union im Pariser Frieden gemacht hat.

Kleine politische Nachrichten. Nicht der silberne Maulkorb, wohl aber die Hofjagduniform ist dem preußischen Minister v. Hammerstein verliehen worden. Die Verleihung der Hofjagduniform ist eine außerordentlich hohe Auszeichnung. Nicht einmal Bülow besitzt die Hofjaduniform. Zu was es ein Minister in Preußen doch bringen kann — sogar zu einer Hofjagduniform! — Der Deutsche Verein für Frauenstimmrecht hat an die Deutsche Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung, das Zentrum, die nationalliberale und die beiden konservativen Parteien den Antrag gerichtet, die Erstrebung der politischen Gleichberechtigung der Frauen in das Parteiprogramm aufzunehmen. Da lur' up! — Der preußische Landtag ist durch Verordnung vom 30. Dezember auf den 16. Januar einberufen worden, den spätesten Termin, der verfassungsmäßig zulässig ist. Der 16. Januar fällt diesmal auf einen Sonnabend. Es dürfte das erste Mal sein, daß der letzte Wochentag zur Eröffnung des Landtags gewählt wird. — Leutnant Bilse ist jetzt, wie aus Forbach gemeldet wird, aus dem Lazarett in das Gefängnis überführt worden. — Die „Weser-Ztg." hört aus angeblich zuverlässiger privater Quelle, Generaloberst von Wittich habe den Abschied genommen. — Die jüngsten Differenzen bei der Firma Karl Zeiß in Jena haben bereits ein Opfer gefordert. Dr. Föhr, der neue Leiter der Wohlfahrtseinrichtungen der genannten Firma, hat sich um den Direktorposten des städtischen höheren technischen Instituts in Köthen beworben und ist gewählt worden. Seine ausgesprochene Hoffnung, von Jena aus den sozialen Frieden über ganz Deutschland verbreiten zu können, ist also rasch zu Wasser geworden. Eine schwärmerische Ge-

---

wie ich bestimmt weiß, ihm angebotene Gastspiele direkt abgelehnt."

„Das ist wenigstens vernünftig, wenn ich ihm auch sonst nicht die Fähigkeit absprechen möchte."

„Was willst Du, Bernhard," sagte Constanze, „gibt es nicht eine Menge von Menschen, die nur einzig und allein ihr Steckenpferd und noch dazu selbst mitten in die menschliche Gesellschaft hineinreiten und für weiter nichts auf der Gotteswelt Sinn zu haben scheinen, als eben das? Es gibt wieder Menschen, deren ganzes Gehirn allein aus Noten, während das anderer wieder aus Zahlen zusammengesetzt scheint. Unser Direktor kennt nichts und will nichts kennen als das Theater. Es wurde neulich einmal im Konversationszimmer von dem Tode eines berühmten Malers gesprochen und der Direktor hatte den Namen mehrmals gehört; endlich sagte er: „Wo war er engagiert?" Er kann sich nicht denken, daß irgend etwas anderes auch nur das geringste Interesse für Jemanden haben könnte. Aber was geb er Dir zur Antwort?"

„Lauter Unsinn, Herz," sagte Dürrbeck, „Zitate aus Tasso und Shakespeare — damit flieg er augenblicklich auf den Kothurn und ging von dem durch die bewußte Verfasserin in die Unterwelt ab. Ich sage Dir, Hans Selberg war mit mir und konnte sich nachher noch wohl eine halbe Stunde lang nicht zufrieden geben; er lachte in einem fort vor sich hin."

„Was ist dieser Hans von Selberg für ein Mann?" fragte Constanze.

„Ein lieber, prächtiger Mensch," rief Dürrbeck, „so natürlich und herzlich, daß man es ihm auf den ersten Blick ansieht, er sei nicht in unseren gebreckelten und so oft leider vollkommen unnatürlichen Verhältnissen aufgewachsen!"

„Er war lange in Amerika?"

„Ja; ich traf ihn heute unerwartet auf der Straße; ich hatte keine Ahnung, daß er zurückgekehrt sei."

„Du bist mit Selbergs selber nicht befreundet?" fragte Constanze.

„Ich — war früher oft im Hause," sagte Dürrbeck ausweichend.

„Und seit Deiner Verlobung mit mir haben sie sich von Dir zurückgezogen," sagte Constanze mit leiser, aber tief bewegter Stimme; „wie viele Opfer hast Du bringen müssen, Bernhard, mir und Deiner Liebe!"

„Und nennst Du das ein Opfer, wenn sich hier und da eine adelstolze Familie wirklich von mir zurückgezogen hätte?" rief der junge Offizier mit leuchtenden Blicken. „Nennst Du das ein Opfer, wo ich Dich dafür gewann, Constanze? Aber es ist das nicht einmal der Fall, denn Hans erzählte ich augenblicklich von Dir, und er blieb so herzlich, wie er je gewesen. Nur in dem alten Kammerherrn und der eingebildeten Dame, seiner Frau, steckt noch immer der alte Dünkel."

„Und die Tochter? Ich begegnete ihr neulich und grüßte sie artig, aber sie hielt es nicht der Mühe wert, mir zu danken."

„Sie hat Dich vielleicht gar nicht erkannt."

„Das wäre allerdings merkwürdig," lächelte Constanze; „aber laß es gut sein, Bernhard, glaube nicht, daß ein derartiges Nichts auch nur einen Schatten über meine Seele werfen oder mein Glück mir mit einem Hauche trüben könnte. Ich habe Dich, Bernhard, ich liebe Dich aus vollem, reinem Herzen — ich weiß, Du liebst mich wieder, und sind wir uns selber genug, was kümmert uns denn die Welt, die Gesellschaft!"

„Meine liebe, liebe Constanze," rief Dürrbeck, indem er sich zu ihr niederbeugte und ihre Stirn küßte, „wie glücklich fühle ich mich in Deinem Besitz! Aber glaube oder fürchte auch nicht, daß Dir, wenn Du erst mein liebes Weib bist, irgend Jemand den Stolz entgegentragen wird, mit dem Dir jetzt noch Einige begegnen. Du bist bis jetzt meine Braut, und leichtsinnig gegebene Versprechen sind schon öfter gebrochen worden — die haute volée will sich aber nichts vergeben, bis sie ihrer Sache vollkommen sicher ist; dann tritt Du jedoch ebenbürtig in ihre Reihen, und Du sollst sehen, wie freundlich man Dir überall begegnen wird."

„Laß das, Bernhard," lächelte das junge Mädchen, „es ist das meine kleinste Sorge; sage mir lieber, was Du jetzt bestimmt hast, denn auf den Direktor rechne nicht mehr."

„Auf den Direktor?" lachte Dürrbeck. „Nein, mein Schatz. Jemand, dem solche Mittel zu Gebote stehen, sich einem lästig werdenden Besuche zu entziehen, möchte wohl schwerlich auf Unterhandlungen eingehen. Aber was thut das? Noch habe ich eine andere Hoffnung und werde darüber erst einmal mit einem tüchtigen Advokaten sprechen. Ich weiß nämlich nicht, ob er Dich durch eine solche, dem Gesetze gerade zuwiderlaufende Klausel wirklich binden kann; ist das aber trotzdem der Fall, nun, dann ist das Schlimmste, was mir passieren kann, daß ich die Konventionalstrafe zahle, und das macht mich auch noch nicht arm. So viel verspreche ich Dir gewiß; Ende nächsten Monats ist meiner Eltern silberne Hochzeit, und an dem Tage feiern wir auch unsere Verbindung — genügt Dir das?"

„Mein Bernhard!"

„Aber jetzt muß ich fort. Die Dämmerung bricht an, und ich möchte der liebenswürdigen Nachbarschaft, welche hier an den Fenstern zu wohnen scheint, nicht Stoff zu boshaften Bemerkungen geben, Deinetwegen, Constanze."

„Die beiden jungen Damen da drüben," lächelte Constanze, „haben sich schon fast den Nacken abgedreht, um unser Fenster nicht aus den Augen zu verlieren."

„Es sind Klingenbruchs," nickte Dürrbeck, „und wie man sich in der Stadt erzählt, leben sie, fast ohne jede andere irdische Nahrung, nur von Skandal und Neuigkeiten — doch gute Nacht, mein Herz, halte Dich jetzt und noch die kurze Zeit tapfer, und bald, recht bald schlägt für uns die glückliche Stunde, von der an wir vereint und nicht mehr getrennt die Dämmerung erwarten und uns ihrer freuen können. Gute Nacht, mein liebes, süßes Herz!" — Und sie noch einmal fest umschlingend, wandte er sich ab und verließ, selig in der Erinnerung an diese Stunde, der ersten fast, in der er ungestört mit der Geliebten hatte plaudern können, das Haus. (Fortsetzung folgt.)

Sinnung ist dazu nicht ausreichend. — Zum päpstlichen Nuntius in München wurde Mons. Caputo ernannt. — Der Gemeinderat von Lyon nahm einen Antrag an, in dem um Abschaffung der Todesstrafe und vorläufiges Verbot der öffentlichen Hinrichtung ersucht wird. — In einer Unterredung mit Herrn Simon Wolf äußerte, wie der „Frankf. Ztg." aus Newyork gekabelt wird, Präsident Roosevelt, Rußland habe aus freien Stücken versichert, daß neue Judenverfolgungen ausgeschlossen seien. Abwarten! So lange Herr Plehwe am Ruder ist, glauben wir der russischen Versicherung nicht recht.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Einigungsverhandlungen im Berliner Droschkenkutscherstreik sind Mittwoch gescheitert, da der Vertreter der Streikkommission den Vorschlag der Droschkenbesitzer: Grundlohn 1,50 Mark bei 25 Prozent der Einnahme, für unannehmbar erklärte. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Dauer abgebrochen. — In Budapest droht ein allgemeiner Ausstand der Bauschlosser einzutreten. Sie haben den Arbeitgebern Forderungen überreicht, in denen die neunstündige Arbeitszeit, 20 Kronen Minimallohn und Abschaffung jeglicher Akkordarbeit verlangt wird. Die Vereinigung der Arbeitgeber hat ein Eingehen auf die Forderungen abgelehnt, solange nicht in Wien die gleichen Arbeitsverhältnisse eingeführt sind, wie die Budapester Schlosser sie verlangen.

Im Verband der Zimmerer ist bekanntlich auf der letzten Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt worden. Jetzt nun wird unter den Zimmerern die Agitation zu Gunsten der Einführung dieser Unterstützung wieder aufgenommen. Die Anhänger der Arbeitslosenversicherung weisen dabei besonders auf die günstigen Erfahrungen hin, die andere Organisationen damit gemacht haben. Gerade während der nächsten Wochen, wo die Zimmerer fast alle die Folgen der Arbeitslosigkeit verspüren, hofft man durch die Agitation einen Erfolg zu erzielen.

In die Redaktion der Düsseldorfer „Volkszeitung" trat mit dem 1. Januar 1904 der Genosse Dr. Laufenberg-Berlin ein.

Ein neues sozialistisches Blatt in Italien. Die „Provinz von Mantua", ein demokratisches Blatt, welches in Mantua erscheint, ist seit einigen Tagen zu einem sozialistischen Organ geworden. Der Herausgeber Bacci erklärt, daß er zum Sozialismus übergetreten sei und gibt nun das Blatt als eine sozialistische Tageszeitung weiter heraus.

Die Lohnbewegung der Berliner Gürtler und Drücker 1903 behandelt eine kleine Abhandlung, die die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes soeben an die Mitglieder versandt hat. Es werden darin zunächst die Gründe auseinandergesetzt, die „zu diesem gewaltigsten Kampfe der Berliner Metallarbeiter jemals geführt haben," die Veranlassung waren. Die ungleichen Löhne der Drücker und Gürtler werden noch einmal erörtert und die Forderungen auf Grund dieser Lohnverhältnisse mitgetheilt. Es folgt eine zahlenmäßige Darstellung des Streiks. Danach waren daran 3416 Metallarbeiter beteiligt. Es folgt der Aussperrungsbeschluß und der vor dem Gewerbegerichte abgeschlossene Tarifvertrag, dem sich 38 Firmen für Drücker und 57 Firmen für Gürtler anschlossen. Dabei sind nicht berücksichtigt die Firmen, die die ersten Forderungen anerkannten, nämlich 21 für Drücker und 54 für Gürtler, welche ebenfalls an dem Vertrag festhalten. Ausgesperrt waren nie mehr als 3000 Arbeiter. Es wird weiter festgestellt, daß die von den arbeitenden Metallarbeitern gezahlten 5 Proz. des Wochenverdienstes tatsächlich die Mittel für den Streik aufgebracht haben. Lobend wird auch der Solidarität der englischen Metallarbeiter gedacht, die 38 000 Mark nach Berlin sandten. Zum ersten Male werden die Gründe für die Aufhebung des Streiks präzisiert. Es heißt da u. a.: „In erster Linie war maßgebend die vorgeschrittene Konjunktur. Bekanntlich ist die Zeit von September bis Dezember für die Berliner Metallindustrie die Erntezeit. Einige Zeit vor Weihnachten flaut das Geschäft wieder ab und es beginnt dann eine längere beschäftigungslose Periode. Dazu kommt, daß ein großer Teil der am Streik beteiligten Kollegen in wirtschaftlicher Beziehung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt waren, da sie in dem Augenblick, als das Geschäft sich zu heben begann, in den Streik traten und die meisten der Kollegen eine kürzere oder längere Periode der Arbeitslosigkeit hinter sich hatte. Weiter kommt hinzu, daß Tausende unserer Kollegen, die nicht am Streik direkt beteiligt waren, durch den Streik bedeutend in Mitleidenschaft gezogen waren." Es wird dann der Schluß gezogen, daß unter diesen Verhältnissen in diesem Jahre kein Erfolg mehr zu erwarten war. Wenn man sich nicht vollständig erschöpfen wollte, galt es daher abzubrechen. Als Lehren des Streiks werden angeführt: 1) Mehr Fühlung mit der Provinz zu suchen; 2) zu sorgen, daß die Taktik weniger in die Oeffentlichkeit kommt und 3) daß die geschlagenen Wunden nicht ausheilen. Weiter gälte es auch, das gewonnene Gebiet zu sichern und zu erhalten.

Eine Solidaritätskundgebung aus Amerika. Bis nach Amerika hinüber schlägt der Heldenkampf der Crimmitschauer Weber seine Wellen. Aus Newyork ist folgende Solidaritätskundgebung nach Crimmitschau gelangt: „Euch den weihnachtlichen, herzlichen Brudergruß. Im Namen der amerikanischen Genossen. Millionen Menschenherzen schlagen mit Euch und Euren Kindern. Schewitsch, langjähriger Redakteur der Neuyorker Volkszeitung."

Verband der Handschuhmacher Deutschlands. Eine kleine, aber kampfesmutige Organisation hielt in der Weihnachtswoche, nach fünfjähriger Frist, in Zeitz ihre elfte Generalversammlung ab. Der Verband der Handschuhmacher, eine der ältesten Arbeiter-Organisationen, besteht bereits 34 Jahre. Obwohl die Organisation nur über rund 3000 Mitglieder verfügt, hat sie im Laufe der letzten fünf Jahre über 282 000 Mk. an Unterstützungen gezahlt. Natürlich haben auch die Handschuhmacher unter der wirtschaftlichen Krisis der letzten Jahre sehr zu leiden gehabt. Die Beziehungen des Verbandes zu den Organisationen des Auslandes sind fortgesetzt gut. So wurden für den Streik in Kaaden 7000 Mk., für die Kollegen in Nouf 200 Mk., für streikende Kollegen in Schweden 600 Mk., für die ausgesperrten dänischen Arbeiter 3400 Mk. und für Textilarbeiter in Brünn 300 Mk. aufgebracht. An den ersten beiden Verhandlungstagen beschäftigte man sich mit dem inneren Ausbau der Organisation. Die Wochenbeiträge für männliche Mitglieder wurden, um die Organisation noch kampfesfähiger zu machen, von 45 auf 50 Pfennig erhöht. Gleichfalls erhöht wurden auch die Beiträge der weiblichen Mitglieder von 5 auf 10 Pf. Dafür wird aber den Gewerbsgenossen zukünftig eine Arbeitslosenunterstützung von 40 Pf. pro Tag an 28 Tagen gezahlt. Bei der Zuschußkasse wurden, um dieselbe lebensfähiger und finanzkräftiger zu gestalten, unter Beibehaltung der früheren Beiträge die Unterstützungssätze etwas erniedrigt. Eine längere Diskussion entspann sich über die Hausarbeit und über den im März in Berlin stattfindenden Heimarbeiterschutzkongreß. Der Verband hat früher solche Mitglieder, die verbotswidrig Hausarbeit verrichteten, ausgeschlossen, damit aber den Verband geschwächt und einsehen gelernt, daß dieses keine vorteilhafte Maßnahme gewesen ist. Jetzt ist man der Ansicht, daß die Gewerkschaft allein nicht in der Lage ist, der Heimarbeit mit Erfolg den Krieg zu erklären, und man will versuchen, die Gesetzgebung zur Beseitigung der Mißstände unter den Heimarbeitern anzurufen. Der Arbeiterschutz müsse auch auf die Hausarbeit ausgedehnt werden. Am letzten Verhandlungstage wurde u. a. beschlossen, den Sitz des Hauptvorstandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen; die Gehälter der beiden Verbandsbeamten wurden ein wenig aufgebessert und zu Versicherungszwecken wurden den Beamten insgesammt 72 Mk. pro Jahr bewilligt.

Strafe für Wahrnehmung des Rechtsmittels. Ein Parteigenosse in Oberschlesien, der am 28. März v. J., dem Tage, an welchem durch kaiserliche Verordnung der Tag der Reichstagswahlen festgesetzt wurde, öffentlich Wahlflugblätter verbreitete, wurde durch einen Strafbefehl zu 7 Mk. Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle im Unvermögensfalle sieben Tage Haft treten sollten! Ein zweiter Genosse wurde in die gleiche Strafe genommen, weil er dem Verteiler — zwei Pakete mit Flugblättern getragen hatte! Vor dem Schöffengericht in Beuthen, O.-S., wurde der Hinweis des Angeklagten darauf, daß er berechtigt war, vom Tage der Festsetzung des Wahltermins an öffentlich Wahlflugblätter zu verbreiten, zurückgewiesen mit der Entscheidung, daß diese Erlaubnis vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins an gelte, diese Bekanntmachung sei aber erst am 30. März erfolgt. Da nach Meinung des Schöffengerichts für die Angeklagten kein begründeter Anlaß zum Einspruch gegen den Strafbefehl vorlag, so erschien es demselben „angemessen", die Geldstrafe für jeden der beiden (also auch für jenen, der selbst nach Ansicht des Gerichts gar nicht verbreitet, sondern nur zwei Pakete mit Flugblättern getragen hatte!) von 7 auf 14 Mk. zu erhöhen und im Unvermögensfalle für die Geldstrafe eine Haft von 14 Tagen treten zu lassen! Leider unterließen es die Angeklagten, ein weiteres Rechtsmittel gegen das Urteil zu ergreifen, so daß es rechtskräftig geworden ist. Diese Entscheidung führt in die bürgerliche Rechtsprechung die Grundsätze ein, die im militärischen Beschwerdeverfahren so erfolgreich der Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen entgegenwirken: die Bestrafung der unbegründeten Beschwerde.

Wegen Richterbeleidigung verurtheilt wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Anton Walther in Koburg. Es war bei ihm nach einem Manuskript gehaussucht worden und W. sollte diesen Vorgang im Gothaischen „Volksblatt" in einer Weise glossiert haben, daß sich der Amtsrichter, der die Haussuchung vornahm, beleidigt fühlte. W. bestritt, der Verfasser des Artikels zu sein und namentlich, daß derselbe eine Beleidigung des Amtsgerichtsrats enthalte. Der Artikel enthalte blos eine Charakteristik des ganzen Gerichtsverfahrens. Er wurde jedoch für schuldig erkannt und zu 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die erste Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter von Nieder-Oesterreich, über die wir schon kurz berichteten, hat in ihrem weiteren Verlaufe noch folgende Beschlüsse gefaßt: Ueber die Arbeiterfrage wurde eine Resolution angenommen, in welcher von der Gemeinde verlangt wird, ein städtisches Arbeitsamt mit Arbeitsvermittelung einzurichten. Die Gemeindearbeiten, sowie das Beleuchtungswesen und die Verkehrsmittel sind in eigene Regie zu bringen. Die für die Angestellten der Gemeinde zu bestimmenden Löhne sind mit den Arbeiter-Organisationen des Ortes zu vereinbaren. Bei Vergebung von Arbeiten ist jede Subunternehmung auszuschließen. Sodann wurde über das Schulwesen verhandelt und einer Resolution zugestimmt, in welcher eine gerechte Verteilung der Schullasten auf Land und Staat bei einer Entlastung der Gemeinde gefordert wird. Ferner wird die Beseitigung der Ueberfüllung in den Schulen, die unentgeltliche Verabfolgung von Lehrmitteln, die Einführung von Schulbädern und Schulärzten, sowie eine anständige Besoldung der Lehrer gefordert. Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

Aus Nah und Fern.

Majestäts- und Polizeibeleidigung. Welche von beiden gefährdet die Staats- und Gesellschaftsordnung unserer Zeit mehr? Diese Frage scheint im ersten Moment völlig überflüssig zu sein, sie ist es aber nicht, wenn man folgenden Fall kennt, der Dienstag vor dem Schöffengericht in Dresden verhandelt worden ist. Es wird darüber berichtet: Die 1862 zu Großenhain geborene Händlerin Auguste Emma Kreher, eine schon wiederholt vorbestrafte Person, hatte bis zum 25. September im Dresdener Polizeigefängnis eine Haftstrafe verbüßt, als ihr am genannten Tage eröffnet wurde, daß sie nunmehr sofort in die Arbeitsanstalt gebracht werden würde. Diese Aussicht versetzte die Genannte in furchtbare Erregung, da sie der Arbeitsanstalt das Zuchthaus vorzog. Sie verlor ihre Selbstbeherrschung und ließ sich zu Aeußerungen hinreißen, die Beleidigungen der anwesenden Polizeibeamten und des Königs und Kronprinzen von Sachsen enthalten sollten. Die Angeklagte gab in der Verhandlung auch ohne weiteres zu, mit den inkriminierten Worten nur den Zweck verfolgt zu haben, nicht in die Arbeitsanstalt, sondern in das Zuchthaus zu kommen. Mit Rücksicht auf die der Tat zugrunde liegenden Beweggründe hat der König aber keinen Strafantrag gestellt, infolgedessen sich die Frau nur wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten hatte. Der Polizeipräsident hatte es nämlich für notwendig erachtet, seinen Strafantrag aufrecht zu erhalten, weil bei der fraglichen Gelegenheit noch mehrere andere Personen zugegen gewesen wären, die Autorität der Beamten aber auf jeden Fall gewahrt werden müsse. Die Angeklagte wurde zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt. — Es wird sicherlich allgemein gebilligt werden, daß König Georg im vorliegenden Falle auf die Strafverfolgung verzichtete. Allerdings hätte mit ebenso gutem Grunde auf die Strafverfolgung wegen Beamtenbeleidigung verzichtet werden können. Wenn aber künftig ein Prozeß wegen Beleidigung des Königs von Sachsen oder eines Mitgliedes des Königlichen Hauses durchgeführt wird, so wird man stets annehmen können, daß der König den Strafantrag unterschrieben hat. Im allgemeinen wäre natürlich zu wünschen, daß die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen nur von dem Antrag des Beleidigten abhängig gemacht würde — so lange es überhaupt noch einen besonderen Majestätsbeleidigungsparagraphen gibt.

Um einer 10-Pfennigmarke willen ist die Eigentümerstochter Anna Tartsch in Gut Plötzen auf die Anklagebank gekommen. Ihr Vater gab ihr eines Tages einen Brief an seinen Sohn, damit sie eine Marke darauf klebe und ihn absende. Sie entnahm aus dem Fache, in welchem die Briefmarken lagen, eine Marke und klebte sie auf. In demselben Fache lagen aber auch entwertete Marken, die sie sich sammelte. Sie hatte nun gerade eine Marke gefaßt, die schon einmal benutzt worden war, allerdings aber nur ganz wenig vom Stempel getroffen worden war. Auf der Post wurde dann der Frevel entdeckt. Das Schöffengericht sprach das Mädchen von der Anklage der Posthinterziehung frei, ebenso das Landgericht Lissa i. P. am 14. Mai. Auf die Revision des Staatsanwalts hob jedoch das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Aufklärung ist zu bemerken, daß durch das Postgesetz der Postverwaltung das besondere Vorrecht eingeräumt ist, die Verwendung entwerteter Marken aus eigener Machtvollkommenheit mit dem vierfachen Betrag des tarifmäßigen Portos, mindestens jedoch mit einem Taler, zu bestrafen, die Strafe durch die gerichtlichen Zwangsvollstreckungsorgane einziehen zu lassen und zu Postzwecken zu verwenden. Es ist dies ein noch aus der Zeit des preußischen Absolutismus stammendes Privileg, das den Grundsätzen der heutigen Rechtsprechung schnurstracks zuwider läuft und, wie der vorliegende Fall zeigt, aus dem harmlosesten Versehen eine langwierige Gerichtsaktion machen kann. Es wäre höchste Zeit, der Postverwaltung, die doch nach modernen Begriffen nichts anderes als ein staatlich monopolisiertes Speditionsgeschäft ist, ihre vorsintflutlichen Bestrafungsbefugnisse zu entziehen.

Eine neue Nordpolarreise wird für das kommende Jahr vorbereitet, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, einen neuen Rekord gegen den Nordpol aufzustellen. Der Urheber des Unternehmens ist der Naturforscher Andrew Stone, der während der letzten zehn Jahre lange Zeit in Alaska und im nördlichen Kanada zugebracht hat. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Nordpol zu Lande nicht zu erreichen ist, und er will daher den Versuch machen, mit einem Dampfer durch die nordwestliche Durchfahrt vorzudringen.

Sechs weibliche Geschworene. Aus Chicago schreibt man unter dem 18. Dezember: Zum ersten Male in der Geschichte der Vereinigten Staaten, soweit sich dies aus den hier vorhandenen Akten feststellen läßt, saßen heute unter dem Vorsitz des Richters Honore sechs Frauen als Geschworene im hiesigen Kindergerichtshof zu Gericht. Die Jury hatte über den Antrag zu befinden, die achtjährige Mary Mc Gann einer Besserungsanstalt zu überweisen. Die Mutter des Kindes, Frau Ann Mc Gann, erklärte, daß die kleine Angeklagte seit ihrer Geburt unter ihrer Obhut gestanden hatte, und sicher sterben würde, wenn man sie von ihr entferne. Die Jury ließ sich auch wirklich von den Bitten der Mutter rühren, entschied aber, daß Mutter und Kind der Besserungsanstalt in Dunning zu überweisen seien. Eine Jury von sechs Männern stimmte diesem Verdikt zu und verlieh ihm dadurch Rechtskraft.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Eine Engelmacherin wurde in der Person einer Frau Krüger im benachbarten Schöneberg verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen sind neun Todesfälle von Säuglingen, die der Krüger anvertraut waren, festgestellt worden, doch dürften noch weitere Einzelfälle gemeldet werden, nachdem die Mütter der Säuglinge durch die bisherigen Veröffentlichungen auf den Charakter der Pflegerin aufmerksam gemacht worden sind.

Chemnitz. Wegen tätlicher Beleidigung wurde in nicht öffentlicher Verhandlung Dr. med. Neideck aus Limbach von der hiesigen Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Neideck, der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, hat, wie aus der Urteilsbegründung zu entnehmen war, in Ausübung seines Berufs auf hinterlistige Weise ein junges Fabrikmädchen mißbraucht.

Mainz. Explodiertes Geschoß. Die Kinder der Witwe eines vor zwei Jahren im Irrenhause verstorbenen Tagelöhners Mäslein in Kastel spielten seit längerer Zeit mit einem Schrapnell-Artilleriegeschoß, ohne daß jemand ahnte, daß dasselbe noch geladen war. Der zehn Jahre alte Knabe wollte nun Mittwoch Abend ein Loch in einen Lederriemen schlagen und benutzte als Unterlage das Geschoß. Beim Zuschlagen mit dem Hammer explodierte das Schrapnell und richtete große Verwüstung an. Der Mutter wurde der Unterleib aufgerissen, so daß die Gedärme hervortraten. Dem dreijährigen Mädchen drang der größte Teil des Geschosses in den Körper ein, dem Knaben selbst wurde der rechte Arm zerrissen. Die Schwerletzten wurden nach dem Rochusspital geschafft, woselbst das Mädchen innerhalb einer Stunde und die Mutter Donnerstag früh verstarb.

Rappoltsweiler. Ein Großfeuer äscherte in Ingersheim eine große Anzahl Bauernhöfe ein. Ein Knecht wurde von einem ausbrechenden Stier erdrückt.

Straßburg (Elsaß). Brudermord. In Hommartingen gerieten die zwei Brüder Fischer in Streit; der jüngere erstach den älteren.

Amsterdam. Flüchtiger Bankdirektor. Der Direktor Boerendans von der Geldernschen Hypothekenbank ist nach dem „Berl. Tagebl." flüchtig. Es wurden bereits ansehnliche Passiva entdeckt.

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstrasse 35.

Fahrräder.

Reparatur aller Systeme.
Dieselben werden auf das Sauberste ausgeführt.
Sämmtliche Ersatztheile stets auf Lager.
— Eigene Emaillir-Anstalt. —

A. Zentbien, Mechaniker, **Fackenb. Allee 53.**

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft

Fischergrube 52

empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

Die Lübecker

Margarine-Fabrik „Hansa"

J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telephon Nr. 913
empfiehlt stets frische
Margarine
welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Empfehle:
Pa. Schweinefleisch,
„ Kalbfleisch,
„ Rindfleisch,
pa Gehacktes, pa. Karbonade,
sowie **sämtliche Wurstsorten.**
Heute von 5 Uhr: **Heisse Knackwurst.**

Alb. Hidde, Reiferstrasse 8

Schweinefleisch	Pfd. 50	Pf.
ger. Schweinefleisch	„ 60	„
„ Rücken-Karbonade	„ 70	„
„ Nacken	„ 70	„
Kl. halbgeräuch. Schinken	„ 75	„
Dicke Flohmen	„ 60	„
Bestes Schmalz	„ 70	„
Kalbfleisch	von 40 Pfg. an.	

Fernspr 1291. **M. Lahrtz, Röttcherstr.**

Wiekelbörger Plattdütscher Verein Lübeck.

Nachstehende Nummern sind bei der am 31. Dezember 1903 stattgefundenen Tombola mit Gewinnen gezogen:

15	20	32	37	42	102	110
113	132	135	138	164	183	188
196	208	233	236	243	246	256
271	309	335	344	440	459	464
474	526	559	561	588	596	605
612	617	630	657	672	718	727
736	755	786	804	829	843	931
980	986	1017	1039	1051	1078	1100
1161	1181	1196	1219	1233	1391	1396
1401	1407	1410	1417	1418	1445	1465
1519	1528	1540	1545	1589	1600	1613
1625	1637	1678	1721	1727	1741	1765
1815	1857	1888	1918	1931	1937	1955
1966	1998	2041	2068	2090	2102	2106
2159	2178	2190	2199	2228	2237	2250
2271	2274	2276	2296	2300	2305	2320
2328	2345	2365	2372	2392	2395	2398
2390	2414	2417	2420	2422	2451	2453
2459	2460	2461	2478	2518	2669	2670
2673	2838	3018	3029	3061	3042	3043
3046	3081	3097	3099	3142	3157	3279
3213	3300	3332	3477	3502	3546	3666
3758	3772	3806	3906	3941	3956	

Die Gewinne sind am Montag, den 4. Jan., Abends von 6—9 Uhr, im **Concordiagarten,** vom Dienstag den 5. Januar an beim Vorsteher **C. Heincke,** Dankwartsgrube 21, Nachm. von 5—7 Uhr in Empfang zu nehmen. Bis zum 1. Februar nicht abgeholte Gewinne verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

Am Neujahrstag den 1. Januar 1904 wurden in Hoffe's Gesellschaftshaus bei der Tombola folgende Loosnummern mit Gewinnen gezogen:

9	34	57	85	126	144	149
150	163	198	201	252	257	281
288	291	314	342	379	447	466
470	488	547	589	613	623	652
702	717	729	740	779	795	821
860	878	1000	1004	1067	1142	1172
1190	1194	1196	1219	1230	1251	1277
1288	1295	1304	1309	1311	1326	1362
1405	1412	1530	1547	1559	1562	1600
1672	1689	1726	1772	1818	1834	1839
1875	1878	1886	1920	1921	1950	1959
1970	1979	1983				

Abgeholt am Montag den 4. Januar 1904, Nachmittags von 4—5 Uhr, in Hoffe's Gesellschaftshaus, Johannisstraße 25, hier bis zum 1. Februar gültig 72

Der Vorstand.

Ausstoss

unseres

Bock-Bieres

am Montag, 4. Januar 1904.

Bergener Schlossbrauerei

G. m. b. H.

Vertreter: **Alexander Göbel.**

Fernsprecher 1530.

HANSA

Einladung zum

XVI. Stiftungs-Fest

des

Athleten-Klub „Hansa" v. 1888

verbunden mit Aufführungen und nachfolgendem Ball

am Sonntag den 3. Januar 1904

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 6 Uhr. Anfang der Vorstellung 8½ Uhr.

Herren-Karte 60 Pfg., Damen frei.

Das Komitee.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer

(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum Ball

am Sonntag den 10. Januar

im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Travestrand Moisling.

Jeden Sonntag: **Freies Tanzkränzchen.**

Omnibusverbindung ab Lindenplatz von 4 Uhr an.

Johs. Schiering.

Central-Hallen Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.

Anfang 4 Uhr Ende 2 Uhr.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Der Deutsche Reichstag 1903—1908.

Biographisch-statistisches Handbuch

von

Joseph Kürschner.

Sämmtliche Reichstagsabgeordnete sind nach dem Photographien abgebildet.

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Geschäftshaus Adlersberg.

Heute Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Achtung Dachdecker!

Versammlung

am Sonntag den 3. Januar

Nachmittags 4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Es ist notwendig, daß sämmtliche Kollegen erscheinen

Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck

Heute Sonntag den 3 Januar 1904:

Gr. Bockbierfest (Hansa-Bock).

Anfang 4½ Uhr Ende 12 Uhr. Eintritt 30 Pf.

H. Böttger.

Norddeutsche Bierhalle

Johannisstrasse 5.

Am Sonntag den 3. Januar:

Humoristisches Konzert.

Ausschank von ff Adler-Bier.
Junge'sche Bockwürste. Eisbein. Goulasch.

Franz Schultz.

Vereinshaus.

Morgen Sonntag

Unterhaltungs-Musik

in den Gaststuben.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Klub Fidelitas.

Maskenball

am Sonntag den 31. Januar 1904

in sämtlichen Räumen des Wilhelmtheaters.

Lokalöffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr, Ende 4 Uhr morgens. Von 6—8 Uhr Tanz für die Zuschauer; von 7—8 Uhr Versammlung der Masken.

Präzise 8 Uhr Maskenzug.

NB.: Schulpflichtigen Kindern und fremden Pierrots ist der Zutritt nicht gestattet.

Karten sind im Vorverkauf bei Herren **Nagel,** Am Markt 14, **E. Schneider,** Kupferschmiedestraße 19, **G. Rudolf,** Kupferschmiedestraße 3, **E. Radtke,** Mühlenstraße, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Karten für Mitglieds-Töchter und -Söhne sind nur beim Kassenführer **R. Allner,** Engelswisch 33/8, zu haben.

Der Vorstand.

Zur schwarzen Dohle.

Hundestrasse 41.

Jeden Sonntag:

Groß. Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr Tanz frei.

Restaurant Recknagel.

Geninerstrasse 30.

Morgen Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Aug. Recknagel.

Louisenlust.

Morgen Sonntag:

Freie Tanz-Musik.

W. Gloe.

Concerthaus Flora

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

Max Siems.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen

Gustav Glöde.

Waisen-Hof.

Morgen Sonntag:

— Tanz. —

Wakenitz-Bellevue.

Jeden Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Anfang 5 Uhr. Tanz frei.

H. Fürböter.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etage.

Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet

Diese Woche ausgestellt:

Herrenchiemsee.

Das Millionenschloß König Ludwig II.
Das schönste Schloß der Welt.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck